

Weg zum deutschen Nationalstaat

Inwieweit symbolisiert der Weg zum deutschen Nationalstaat von 1870/71 den Wandel vom liberalen Nationalismus zum integralen Nationalismus?

Die Entstehung und Entwicklung des Deutschen Nationalstaates ist als Wandel vom liberalen Nationalismus zum integralen Nationalismus zu sehen. Denn die ursprüngliche Idee des Nationalstaates ging vom liberal gesinnten Volk aus, welches im Laufe der Entstehungszeit immer mehr an Bedeutung verlor. Wohingegen die Konservativen an Macht und Entscheidungskraft gewannen. Dies lässt sich an einigen historischen Ereignissen nachweisen.

Im Jahr 1815 wurde der Deutsche Bund gegründet. Dieser lockere Staatenbund aus 39 souveränen Einzelstaaten besaß keine zentrale Regierung wurde aber durch die Bundesakte organisiert und durch den Bundestag in Frankfurt vertreten. Durch ein Bundesheer sollten die vier politischen Grundsatzziele Restauration, Legitimität, Solidarität und Gleichgewicht gesichert werden. Deutschland war also kein Staat, sondern ein aus 39 souveränen Einzelstaaten bestehender Staatenbund, welcher die Interessen der Konservativen vertrat. Es wurde bereits eine Grenze um den Deutschen Bund geschaffen, jedoch schuf diese keine Einheit.

Doch die Bürger sehnten sich nach einem deutschen Nationalstaat und einer Einheit. Aus diesem Grund ging das liberale Bürgertum für ihre Forderungen auf die Straßen.

Die Ziele der Revolution von 1848 – 1849 waren, dass ein Bundesstaat nach amerikanischem Vorbild geschaffen werden sollte, welcher den Bürgern mehr Mitbestimmungsrecht und eine Verfassung bringen sollte. Diese Revolution brachte die vierzigjährige Friedensordnung des Deutschen Bundes ins Wanken. Um die Ziele der Liberalen durchzusetzen wurde am 18. Mai 1848 die erste Nationalversammlung einberufen. Jedoch fehlte es an Erfahrung und Struktur um eine solche Versammlung zielgerichtet zu leiten. Es existierten keine politischen Parteien oder Gruppierungen und dadurch kam es zu unklaren politischen Verhältnissen. Unter diesem schwierigen Verhandlungshintergrund stellte die Nationalversammlung am 27. März 1849 ihren Verfassungsentwurf vor. Darin war vorgesehen, dass das Reich die Außenpolitik sowie die Aufsicht über die Wirtschafts- und Verkehrspolitik übernehmen sollte. Alle Rechte, die nicht ausdrücklich dem Reich zugeteilt waren, sollten die Einzelstaaten bekommen. Doch die souveränen Fürsten der Einzelstaaten fürchteten einen Machtverlust und stellten sich gegen die Durchsetzung dieses Bundesstaates. Daraus folgte die monarchische Restauration auf Einzelstaatenebene als auch auf Reichebene. In vielen deutschen Staaten wurde ein Teil der Errungenschaften wieder rückgängig gemacht. Die Revolution war auf Grund der unterschiedlichen Interessen der Trägergruppen und der ambivalenten Interessen des Bürgertums, sowie das Fehlen einer Führung und der Schwächen der Nationalversammlung zum Scheitern verurteilt. Durch den Misserfolg wurde der Emanzipationswille der liberal Gesinnten teilweise gebrochen und ein großer Teil des Bürgertums zog sich ins Private zurück und beschäftigte sich weniger mit der politischen Situation Deutschlands. Jedoch konnte die Revolution bewirken, dass das Ziel eines deutschen Nationalstaates von der Mehrheit akzeptiert wurde und der Konstitutionalismus als Herrschaftslegitimation durchgesetzt wurde. Desweiteren wurde die Politik durch Karikaturen und Satirezeitschriften öffentlicher und eine Vielzahl von neu gegründeten Vereinen prägten die spätere Parteilandschaft.

Am 5. Dezember 1848 wurde das Parlament durch den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. aufgelöst und schuf eine Verfassung, die nicht von der Volkssouveränität sondern vom monarchischen Prinzip ausging. Der königliche Oberbefehl wurde der parlamentarischen Kontrolle entzogen. Jede freie politische Regung wurde unterdrückt und es wurde ein Verbot für Vereine und Parteien ausgesprochen. Zur Abwehr demokratischer Bestrebungen wurde das gleiche Wahlrecht durch das Dreiklassenwahlrecht ersetzt (Wähler werden nach Höhe der zu leistenden Steuern eingeteilt → reiche Minderheit hatte so das Parlament im Griff). Daran ist zu sehen, dass die konservative Minderheit die Mittel besaß um die liberalen Gedanken zu unterdrücken.

Im Jahr 1849 wurde dem preußischen König die Kaiserkrone für Deutschland angeboten, doch er lehnte ab. Preußen strebte die kleindeutsche Lösung unter Ausschluss Österreichs an und initiiert die Preußische Union. Österreich befand sich zu dieser Zeit in inneren Unruhen und konnte dadurch dieser Union nur wenig Widerstand leisten. Preußen war wirtschaftlich überlegen und hatte dadurch Handlungsfreiheit. Deutschland war nun unter zwei Bundesregierungen „aufgeteilt“, die eine Hälfte unter preußischer und die andere Hälfte unter österreichischer Führung. Im November 1850 kam es zu diplomatischen Verhandlungen zwischen Österreich und Preußen. Im Vertrag von Olmütz gab Preußen nach und erkannte den Vorsitz Österreichs im Deutschen Bund an. Preußen gab die Union auf und willigte der Wiederherstellung des alten Bundes ein.

Preußen erkannte zwar die Vormachtstellung Österreichs an, war aber wirtschaftlich viel stärker. Bereits 1834 wurde ein Zollverein im Norden Deutschlands gegründet und dadurch konnte Preußen zu einem Industrieballungsgebiet werden. Auf wirtschaftlicher Ebene konnte somit die kleindeutsche Lösung verwirklicht werden, da Österreich ausgeschlossen wurde.

Im Jahr 1852 wurde zwischen den europäischen Großmächten Großbritannien, Frankreich, Russland, Preußen und Österreich sowie Schweden und Dänemark im Londoner Protokoll ein Abkommen geschlossen. Darin wurde festgehalten, dass die drei Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg unter dem dänischen König stehen sollten. Jedoch sollten die Herzogtümer als eigenständige Einheit weiterbestehen.

1858 kam es in Preußen zu einem Herrscherwechsel. König Friedrich Wilhelm IV. dankte ab und überließ seinem Bruder Prinz Wilhelm I. den Thron. Im liberal und national gesinnten Bürgertum keimte nun wieder Hoffnung. Wilhelm I. leitete die sogenannte „Neue Ära“ ein und berief ein liberal-konservatives Ministerium ins Leben. Doch dieser liberale Schritt wurde bald zurückgenommen, als es im Jahr 1860 zu einem Heeres- und Verfassungskonflikt kam. Preußen wollte durch ein Ausbauen des Heeres wieder ein machtpolitisches Gleichgewicht herstellen. Doch dabei sollte die Volksvertretung kein Mitspracherecht haben und die gesamte Gewalt über das Militär sollte der Krone unterliegen. Das Abgeordnetenhaus bestand auf seine Rechte und dies brachte Wilhelm I. in eine schwierige Situation. Er fürchtete, dass ein Mitspracherecht der Volksvertretung ein Schritt in die Parametrisierung der Regierung war und aus diesem Grund hatte er Angst vor einer Entmachtung der Krone. König Wilhelm I. wusste sich in dieser Situation keinen Rat und ernannte, auf Anraten seines Kriegsministers Albrecht von Roon, Otto von Bismarck am 23. September 1862 zum Ministerpräsidenten. Bismarck vertrat bereits im Revolutionsjahr 1848 eine gegenrevolutionäre und königstreue Politik. Er war also ein Angehöriger der konservativen Kreise und nutzte den Heeres- und Verfassungskonflikt zur Weichenstellung seiner politischen Laufbahn. Von nun an stand dem preußischen König ein redigewandter konservativer Politiker zur Seite. Bismarck versuchte nun den Konflikt zugunsten des Königs durchzusetzen und so eine Stärkung

der Krone gegenüber dem Parlament zu erzielen. Sein Ziel war es, die Vormachtstellung Preußens in Deutschland zu erlangen und dazu benötigte er ein schlagkräftiges Heer.

Bismarck legte die preußische Verfassung so aus, dass bei einer Kontroverse der König das letzte Wort zu einem Beschluss haben sollte. Diese Lücke in der Verfassung missfiel dem Abgeordnetenhaus und sie forderten vergeblich eine Entlassung Bismarcks und einen größeren Einfluss des Parlaments auf die Zusammensetzung der Regierung. Als Reaktion auf die Forderungen löste Wilhelm I. den Landtag erneut auf.

Im Jahr 1861 wurde die Deutsche Fortschrittspartei gegründet, welche sich mit ihren liberalen Gedanken gegen Otto von Bismarck stellte. Das Programm der Partei bestand darin, dass Deutschland geeinigt werde und unter der Führung Preußens ein Nationalstaat werden sollte. Sie forderten eine Rechtsgleichheit und eine Stärkung des Parlamentes sowie ein freies Wahlrecht. Ihre Forderungen waren jedoch sehr gemäßigt formuliert. Wohlmöglich hatten sie Angst vor einem Verbot der Partei und beschränkten so ihre Forderungen auf ein kleines Maß. Trotzdem war die Fortschrittspartei die erste moderne politische Gruppierung in Deutschland und schenkte dem liberalen Bürgertum wieder etwas Hoffnung. Früher gab es nur Fraktionen, welche entweder nach führenden Personen oder der Sitzordnung im Parlament benannt wurden. Nun beanspruchte die Fortschrittspartei eine gesamtdeutsche Partei zu sein. Rasch konnten sie sich im preußischen Abgeordnetenhaus etablieren und wurden bald zur stärksten politischen Kraft.

Österreich versuchte zu dieser Zeit die Zentralgewalt des Deutschen Bundes gegen den Machtanspruch Preußens zu stärken und so eine großdeutsche Lösung durchzusetzen. Jedoch begann Bismarck 1863 mit einer Isolationspolitik gegen Österreich. Daran ist wieder ihre Rivalität zu erkennen. Preußen stellte sich auf die Seite des russischen Zaren bei der Niederwerfung der polnischen Aufstände und konnte sich so eine Neutralität Russlands im Falle eines Krieges mit Österreich sichern. Der Anstoß für den Ausbruch des Konflikts zwischen Österreich und Preußen war der Bruch Dänemarks mit dem Londoner Protokoll. Dänemark gliederte das Herzogtum Schleswig, mit seiner überwiegend deutschen Bevölkerung, an sein Königreich an. Preußen und Österreich stellten dem dänischen König Christian IX. ein Ultimatum, in dem es hieß, dass Dänemark und die beiden Herzogtümer getrennt und wie im Londoner Protokoll festgelegt zu regieren seien. Doch Dänemark lehnte ab und so kam es zu einer Besetzung durch österreichische und preußische Truppen von Schleswig und Holstein. Die beiden europäischen Großmächte schlugen Dänemark und am 30. Oktober 1864 wurde im Frieden von Wien festgelegt, dass die Herzogtümer von nun an gemeinsam von Österreich und Preußen verwaltet werden sollten. Preußen wollte, dass die beiden Herzogtümer ein Militärabkommen unterzeichnen und in den Zollverein beitreten. Desweiteren sollte eine Flottenstation im Kieler Hafen errichtet werden. Preußen wollte also ein Abhängigkeitsverhältnis der Herzogtümer erzielen. Diese Forderungen führten zu Unstimmigkeiten mit Österreich, da diese sich um ihren Einsatz um die Herzogtümer betrogen sahen und nicht wollten, dass Preußen seine Macht weiter ausweitete. Dieser Dualismus zwischen den beiden Großmächten musste früher oder später zu Auseinandersetzungen führen. Doch Preußen sah sich durch den Heereskonflikt noch nicht genügend gerüstet um militärisch gegen Österreich anzutreten. In den Konventionen von Gastein im August 1865 wurde schließlich festgelegt, dass Schleswig, Lauenburg und der Kieler Hafen unter preußischer Führung stehen sollten. Holstein sollte unter österreichischer Verwaltung bestehen. Dadurch wurde ein Krisenherd geschaffen, da das von Österreich verwaltete Holstein mitten im preußischen Gebiet lag. Österreich war bereits durch den Zollverein wirtschaftlich isoliert und Bismarck hoffte durch einen erfolgreichen Krieg, Österreich auch politisch aus dem Deutschen Bund auszugrenzen. Es gelang

ihm, Italien durch einen Bündnisvertrag auf seine Seite zu ziehen und sich der Neutralität Frankreichs zu versichern. Als nun Österreich ankündigte, es wolle die Erbfolge in Holstein dem Urteil des Deutschen Bundes unterwerfen, wo es auf eine Mehrheit hoffen konnte, bewertete Bismarck dies als einen Bruch des gemeinsamen Abkommens. Er ließ Truppen in Holstein einmarschieren, woraufhin Österreich die Mobilmachung des Deutschen Bundes gegen Preußen forderte. Wirtschaftlich waren zwar alle großen deutschen Staaten auf eine Kooperation mit Preußen angewiesen - sie wollten aber nicht dessen politische Vormachtstellung in Deutschland akzeptieren. Bismarck versprach dem französischen König eventuelle Gebietsabtretungen, wenn dieser sich neutral im Bezug auf den österreichisch – preußischen Krieg zeigte. Preußen besaß seit der Heeresreform das überlegene militärische Potential und aus diesem Grund wurde am 3. Juli 1866 mit dem Sieg Preußens bei Königgrätz in Böhmen der Krieg entschieden. Österreich war somit endgültig aus Deutschland verdrängt. Preußen wollte jedoch keine Feindschaft mit Österreich und anderen europäischen Staaten riskieren und verhielt sich deshalb sehr maßvoll. Am 23. August 1866 musste Österreich die Auflösung des Deutschen Bundes im Frieden von Prag anerkennen. Dies hatte zu bedeuten, dass die Habsburger Monarchie aus dem sich entwickelnden preußischen Nationalstaat ausschied. Der jahrelange Dualismus zwischen Österreichs und Preußen wurde nun zu Gunsten Preußens entschieden, welches nun das Recht besaß, Deutschland neu zu organisieren und zu ordnen. Schleswig, Holstein, das Königreich Hannover, Hessen-Kassel, Nassau und Frankfurt wurden annektiert und somit umfasste das Königreich Preußen nun mehr als die Hälfte Deutschlands.

Am 11. Juli 1867 wurde der Norddeutsche Bund gegründet. In ihm schlossen sich unter Bismarcks Initiative alle 22 nördlich der Mainlinie verbliebenen Staaten zusammen. Der preußische König sollte als erblicher Bundespräsident an der Spitze des Bundes stehen. Damit war der ehemalige Deutsche Bund wieder zersplittert – in den Norddeutschen Bund unter preußischer Führung, den süddeutschen Partikularstaaten und Österreich. Bismarcks Wille, Österreich zu isolieren war also durchgesetzt. Nun versuchte er die süddeutschen Partikularstaaten zum Beitritt in den Norddeutschen Bund zu bewegen. Doch die süddeutschen Staaten wollten die zunehmende Stärke auf politischer Sicht Preußens nicht unterstützen obwohl sie bereits wirtschaftlich eng verbunden waren.

Bismarck versuchte nach dem Erfolg gegen Österreich der liberalen Mehrheit im preußischen Abgeordnetenhaus, also seinem bisherigen innerpolitischen Gegner, ein Bündnis und zukünftige Zusammenarbeit anzubieten. Dieser Kurswechsel, eine nationale Union auf konstitutioneller Grundlage anzustreben, entsprach dem Wunsch und den Hoffnungen vieler Liberalen.

Frankreich wollte nach dem Sieg Preußens auf die zugesicherten Gebietsabtretungen einen Anspruch stellen. Doch Bismarck wies diese empört zurück und schloss mit den süddeutschen Regierungen geheime Schutz- und Trutzbündnisse ab, um im Fall eines französischen Angriffs abgesichert zu sein. Frankreich hatte Angst vor einer Einigung Deutschlands, da ein solches Gesamtgebiet eine Bedrohung darstellen könnte. Das Verhältnis zwischen Preußen und Frankreich verschlechterte sich daraufhin zunehmend. Frankreich musste erkennen, dass seine Neutralität im österreichischen – preußischen Krieg, das Entstehen einer militärischen Konkurrenz für Frankreich begünstigte.

In den Jahren 1869 -1870 gewann die antipreußische Partei die Mehrheit und die Demokraten konnten in Württemberg Fuß fassen. Dies missfiel Bismarck, da er dadurch seine Einigungsbemühungen bedroht sah.

Beide Großmächte sahen einen guten Anlass zur militärischen Auseinandersetzung und somit Klärung ihrer politischen Diskrepanzen in der spanischen Thronfolge. Prinz Leopold von Hohenzollern Sigmaringen sollte spanischer König werden. Frankreich hatte davor Angst, da dies eine mögliche Einkreisung durch die in Preußen regierende Hohenzollernfamilie zu bedeuten hatte. Aus diesem Grund wollte Frankreich die Thronfolge verhindern und so Preußen eine diplomatische Niederlage bescheren. Frankreich drohte sogar mit Krieg und daraufhin gab Preußen nach und Leopold verzichtete auf den Thron. Frankreich fühlte sich daraufhin stark und sendete einen Botschafter nach Bad Ems. Dieser sollte Garantien einholen, welche versicherten, dass zukünftige Kandidaturen nicht stattfinden werden. Wilhelm I. teilte dem Botschafter mit, dass Leopold auf den Thron verzichten werde. Dieses Protokoll wurde an Bismarck gesendet. Er kürzte und veränderte Worte, sodass der Inhalt nun bissig und anmaßend klang. Frankreich empfand diese Emser Depesche als Beleidigung und erklärte am 19. Juli 1870 Preußen den Krieg. Wohlmöglich wollte Bismarck Frankreich mit der Emser Depesche Reizen und die Kriegserklärung provozieren. Kurz zuvor hatte Preußen den Krieg noch durch den Thronverzicht Leopolds abwenden wollen. Ich denke, dass Bismarck taktisch gehandelt hat, da Europa ein Auge auf Preußen hatte und er nicht der Initiator für einen Krieg sein wollte.

Preußen konnte dem Krieg gegen das diplomatisch isolierte und militärisch schwächere Frankreich gelassen entgegensehen. Preußen konnte sich zudem die Unterstützung der süddeutschen Staaten sichern. Die Kriegserklärung Frankreichs an Preußen stieß bei den europäischen Großmächten auf Unverständnis und aus diesem Grund entschieden sie sich neutral zu bleiben. In Deutschland hingegen wuchs ein starkes Nationalgefühl heran und Bismarck appellierte an die Angst der Deutschen vor französischen Annexionswünschen. Es war also nicht verwunderlich, dass Preußen am 2. September 1870 über Frankreich siegte. Die Kämpfe zogen sich zwar noch bis zum 28. Januar 1871 hin aber Paris musste schließlich doch kapitulieren. Im Friedensvertrag von Frankfurt am 10. Mai 1871 musste Frankreich Elsass Lothringen an das deutsche Reich abtreten und 5 Milliarden Goldfranken als Kriegsschädigung zahlen.

Nach dem Sieg über Frankreich wurde der Ruf nach einer nationalen Einheit im Land laut. Doch die Meinungen über die Form des zukünftigen Staates gingen auseinander. Die Liberalen und das Großherzogtum von Baden strebten einen Einheitsstaat mit einer verantwortlichen Regierung und einem Oberhaus an. Die Konservativen hingegen wollten die Kompetenzen des Reiches beschränken. Dies sollte im Interesse der Erhaltung Preußens gesehen. Bismarck erklärte sich bereit keinen direkten Zwang auf die Einzelstaaten auszuüben und verständigt sich mit den süddeutschen Staaten. So erhielten Bayern und Württemberg „Reservatrechte“ im Militär-, Steuer- und Postwesen, damit sie, in das von Preußen gewünschte Reich, betreten.

Am 18. Januar 1871 vollendet die Kaiserproklamation die deutsche Einheit. Der preußische König nahm die Kaiserwürde an und wurde deutscher Kaiser. Seine Präsidialrechte wurden auf alle 25 deutschen Staaten ausgedehnt. Die Verfassung des neuen Reiches beschränkte sich nur auf die Organisation und enthielt keinen Grundrechtskatalog, der das Verhältnis zwischen dem Bürger und dem Staat beschrieb. Die Verfassung war also kein Ergebnis einer mündigen Nation sondern ein Resultat von Verhandlungen zwischen souveränen Fürsten. Die Bundesstaaten gründeten das Reich und waren auf ihrem Gebiet vorwiegend das ausführende Organ der Staatsgewalt. Das Reich wurde zwar als „ewiges Bund“ beschrieben, war aber ein Bundesstaat.

Das deutsche Reich stand ganz im Zeichen des militärischen Sieges über Frankreich.

Die deutsche Einigung wurde also durch mehrere erfolgreiche Kriege und politisch klug eingesetzte Taktiken herbeigeführt. „Deutschland“ als Nation, mit einem Staat und einem Volk, welches

einheitliche Grenzen und eine gemeinsame politische Ordnung besaß, gab es vor der Reichsgründung nicht. Nach der Reichsgründung existierte zwar ein „Deutschland“ unter Preußens Führung, jedoch wurden die Forderungen des liberalen Bürgertums nicht durchgesetzt und sie hatten weiterhin kein Mitspracherecht auf politischer Ebene.

Die Idee vom Nationalstaat wandelte sich im Laufe der Entstehung, vom liberalen Nationalismus zum integralen. Die konservativen Fürsten, Könige und der preußische Ministerpräsident Bismarck nutzten den Nationalstaatsgedanken vor allem für politische Machterweiterungen und die Ausweitung der eigenen politischen Interessen. Die Forderungen des Bürgertums nach politischer Partizipation und einer Herstellung sozialer und politischer Gleichheit traten in den Hintergrund. Die liberalen Gedanken eines Nationalstaates wurden zum „Spiel“ auf Machtpolitischer Ebene. Preußen konnte die Macht der europäischen Großmächte zu seinen Gunsten verlagern und so ein Abhängigkeitsverhältnis zu anderen Staaten schaffen. Zudem wurde Preußen zum Zentrum der industriellen Revolution und konnte so seine politischen Gegner wie z.B. Österreich wirtschaftlich isolieren und so seine Macht wiederum erweitern.

Die Einheit wurde also nicht „von Unten“ durch das liberale Bürgertum geschaffen, sondern durch die Fürsten, Könige und Kaiser „von Oben“ herbeigeführt.

(Quellenangaben beim Verfasser)

Der Weg zum deutschen Nationalstaat war von vielen politischen einschneidenden Ereignissen geprägt. Konservative Kräfte, die an alten Idealen und Vorstellungen festhielten, lenkten diesen Prozess. Mit der Kaiserkrönung fand er seinen Abschluss.

Zunächst einmal sollte man sich verdeutlichen, dass der Liberalismus nach der Französischen Revolution (deren Grundsätze als Vorbild aller Freiheit Liebenden über die Grenze „schwappte“) die in den deutschen Territorien lebenden Menschen zum Nachdenken anregte. Nach den Jahren einer Fremdherrschaft wünschte man sich nichts sehnlicher als Freiheit – ein Hauptschwerpunkt, der in den Gedanken der Menschen tief verankert war. Außerdem hatte sich in der Zeit der napoleonischen Besatzung in Deutschland eine nationale Bewegung entwickelt, die das Nationalbewusstsein des Bildungsbürgertum (die Deutschland als Kulturnation – eine Sprache, eine Geschichte – gesehen hatte) ablöste. Die Patrioten der Befreiungskriege forderten nun eine einheitliche Staatsnation – der zweite Hauptschwerpunkt in den Köpfen der Menschen. Aus dieser liberalen und nationalen Bewegung entstand die Formel „Freiheit und Einheit“ für Deutschland.

Man forderte einen Staat, in dem alle Deutschen einheitlich zusammen leben konnten, in dem gleiche Rechte und Gesetze für jeden verankert waren und man forderte politische Partizipation des Volkes. Doch der Weg war steinig, da die Konservativen diese Entwicklung vorerst verhinderten, weil sie die Kleinstaaterei beibehalten wollten.

Jedoch kann man die Gründung des Deutschen Bundes 1815 als ersten Schritt zur Einheit betrachten. 39 deutsche Einzelstaaten wurden in einem lockeren Bund zusammengefügt, allerdings ohne zentrale Exekutive, sodass die Fürsten dieser souveränen Staaten gemeinsam Gesetze erlassen und ein gemeinsames Bundesheer aufstellen konnten. Grundgedanken oder Ziele dieses Bundes waren die Restauration der gesellschaftlichen Zustände vor der Französischen Revolution, der Herrschaftslegitimation durch Tradition und Gottesgnadentum, Solidarität der Fürsten und das Gleichgewicht zwischen den Europäischen Großmächten zu sichern.

Die Fürsten bestimmten ohne Mitspracherecht des Volkes über Gesetze und eine Gewaltenteilung war nicht vorhanden, sodass im Volk die Ausbildung eines Nationalgefühls ausblieb –was auch im Interesse der Fürsten lag.

Von Veränderungen war nichts zu spüren. Die Menschen arbeiteten und lebten unter menschenunwürdigen Bedingungen, litten an Hunger, Armut und mussten häufig unter dem Existenzminimum ihren Alltag bestreiten. Bauern waren durch feudale Privilegien verbittert, außerdem verstärkten Missernten 1845 /46 ihre Not, Heimweber hatten mit niedrigsten Löhnen gegen die industrielle Konkurrenz zu kämpfen, durch die das Handwerk Arbeitsplätze verlor und das Proletariat in den neu entstandenen Fabriken hatte den Eindruck, dass auf ihre Kosten, auf ihren Rücken Reichtum erwirtschaftet wird. Vorindustrielle Massenarmut, der sogenannte Pauperismus, war die Folge. Diese daraus resultierende Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen führte zur Revolution 1848/49.

Bildungsbürgertum, die städtische Unterschicht und die Landbevölkerung stellten als politische und soziale Ziele die Abschaffung der Karlsbader Beschlüsse, die liberale Interessen unterbanden; die Einführung einer Konstitution und die Erweiterung der politischen Partizipation. Es sollte soziale Gerechtigkeit geschaffen und das Leben der unteren Schichten verbessert / gehoben werden. Dadurch würde sich - anders als 1815 mit den Folgen der Gründung des Deutschen

Bundes- ein Nationalgefühl entwickeln, was für die Entstehung einer deutschen Einheit notwendig war.

Die Spannungen entluden sich bereits durch Versammlungen von Bauern in alten Bauernkriegsgebieten nach der Februar-Revolution in Frankreich, weiterhin durch Proteste, Massendemonstrationen in den Städten, erbitterte Barrikadenkämpfen in Wien und Berlin, was tatsächlich zu einem Erfolg führte, denn der König Friedrich Wilhelm IV. zog seine Truppen zurück, entschuldigte sich bei den Berlinern, setzte eine liberale Regierung ein und versprach nach Einberufung einer preußischen verfassungsgebenden Nationalversammlung die deutsche Einheit. In Österreich wurde Fürst Metternich und sein kaiserlicher Hofstaat vertrieben, anschließend der Reichstag einberufen, der eine Verfassung entwickeln sollte und die Bauern wurden von ihren Grundherren befreit.

Zahlreiche Vereine und Verbände, die eine außerparlamentarische politische Funktion erfüllten, bildeten sich heraus und prägten die Parteienentwicklung.

Jedoch die zwei Hauptziele, die Bildung eines deutschen Nationalstaates und eine gesamtdeutsche Verfassung konnten nicht erfüllt werden. Jedoch zeigten die Ereignisse 48/49 eine unbändige Kraft, die dazu beitrug, einen Schritt näher zu einem nationalen Bewusstsein zu gelangen.

Die liberale Mehrheit eines gebildeten Vorparlaments trat für eine Zusammenarbeit mit den Fürsten und eine schnelle Wahl der Nationalversammlung ein.

Ein liberaler Nationalismus war nun auf dem Vormarsch, besonders durch die Entwicklung in der Frankfurter Paulskirche. Dort trafen sich seit dem 18.05.1848 die Teilnehmer der Nationalversammlung, um eine einheitliche Konstitution zu entwickeln.

Die Hauptaufgabe der Nationalversammlung bestand darin, einen deutschen Nationalstaat zu schaffen und ihm eine Verfassung zu geben. Doch eines der größten Probleme, die gelöst werden musste war die Frage, ob der Staat eine Monarchie oder Republik werden und ob Deutschland wie in Frankreich ein Einheitsstaat oder ein Bundesstaat werden soll. Die Liberalen wollten keinen Nationalstaat ohne Mitwirkung der Fürsten und die Linken Kräfte dachten eher an eine parlamentarische Monarchie als an eine Republik.

Solche Fragen eskalierten oft zu Streitgesprächen. Aber trotz allem entstand ein Blatt der Freiheits- und Grundrechte mit der Gleichheit vor dem Gesetz, der Aufhebung der Sonderrechte des Adels, der Feudalasten, Sicherung vor Willkür und die Unabhängigkeit der Justiz. (Paulskirchenverfassung am 27./28.10.1848) Liberale und Demokraten bewirkten außerdem ein gleiches und allgemeines Wahlrecht für jeden Bürger.

Zu den schwierigsten Fragen gehörte das Problem der Staatsgrenzen – die Frage nach einer klein- oder großdeutschen Lösung. Die Mehrheit der Abgeordneten dachte großdeutsch, allerdings ergaben sich durch den Vielvölkerstaat Österreich Probleme. Zudem trug das angespannte Verhältnis zwischen Preußen und Österreich nur schwer zu einer Entscheidung bei. Eine kleindeutsche Staat stand nicht im Interesse für die Deutsch-Österreicher, weil diese Lösung den Ausschluss Österreichs zur Folge hätte. Doch in einer knappen Mehrheit entschieden sich die Abgeordneten für die kleindeutsche Lösung mit dem preußischen König Friedrich Wilhelm IV. als Kaiser der Deutschen. Dieser lehnte die Krone jedoch ab, weil er die Souveränität des Volkes hätte anerkennen müssen und die Machtlegitimation durch „Gottes Gnaden“ nicht berücksichtigt worden war. Diese Entscheidung führte zum Scheitern der Ideen der Paulskirche. Die Zeit der Reaktion begann mit einer Rückkehr zu den vorrevolutionären Verhältnissen. Mit Militär, verstärktem Polizeieinsatz und Überwachungsmaßnahmen wurde zwar die liberale Nationalbewegung niedergeschlagen, die Gegenrevolution der Konservativen siegte, allerdings

konnte der entstandene Nationalismus mit seinem Ziel, eine deutsche Nation mit einem deutschen Nationalstaat zu schaffen, nicht mehr unterbunden werden. Der Weg dorthin war also noch nicht hoffnungslos, nur versperrt oder vertagt.

Nun begann die Wiederherstellung des Deutschen Bundes. Von den Ergebnissen der gescheiterten Revolution blieben nur die bürgerliche Freiheit, Religions- und Versammlungsfreiheit, die Gleichheit jedes einzelnen vor dem Gesetz und die Unabhängigkeit der Justiz.

Führt man Resümee über die Ursachen des Scheiterns ergeben sich Defizite bei einer zentralen Führung der unterschiedlichen Interessengruppen der Revolution. Außerdem fehlte es der Nationalversammlung an Erfahrungen im Umgang mit den unterschiedlichsten Aufgaben, die sie lösen musste.

Konservative Kräfte engagierten sich in diesen Aufgabenbereichen und schlugen den Weg zu einem integralen deutschen Nationalstaat ein. In dieser Phase entwickelt sich ein Verfassungskonflikt innerhalb Preußens, der sich zu einem Streit zwischen ihm und Österreich ausweitete. Hierbei ging es vor allem um die Erweiterung der Heereskraft von Preußen, um ein militärisches Gleichgewicht zu Frankreich und Österreich zu erzielen, doch stieß diese Reformidee im Abgeordnetenhaus auf Widerstand.

Der jahrelang anhaltende Streit konnte erst durch Otto von Bismarck, der von König Wilhelm 1862 als Ministerpräsident eingesetzt worden war, beendet werden. Mit seiner Blut- und Eisenpolitik verdeutlicht er, wie eine politische Veränderung herbeizuführen ist, nicht durch

„ (...) Reden und Majoritätsbeschlüsse (...)“ sondern durch „Eisen und Blut“. Mit seinem berühmten Zitat übt er Kritik an der Revolution von 48/49. Er plädierte für „tabula rasa“, was bedeutet, reinen Tisch zu machen, rücksichtslos Ordnung zu schaffen, weil die Verfassung „keinen Ausweg“ biete. Bismarck war der Ansicht, dass man nur durch Härte und offene Auseinandersetzungen zu seinem Ziel gelangen könne.

Bismarck löste das oben genannte Problem durch eine entdeckte Lücke in der Verfassung, die dem König die Möglichkeit gab, bei Streitigkeiten zwischen ihm und dem adeligen Herrenhaus und dem Abgeordnetenhaus die Entscheidungsgewalt gab. Dadurch wurde eine Heeresreform ohne Abgeordnete entschieden, unbeirrt der großen Proteste des Parlaments.

Österreich zeigte in der Zwischenzeit Interesse an der Klärung der nationalen Frage über eine großdeutsche Lösung und schuf einen Plan zur Schaffung eines Exekutivrates. Ziel des Vorgehens war, den Machtanspruch Preußens zu beschneiden / einzuengen. Der Exekutivrat würde einen Machtverlust bedeuten, weil er aus 5 Mitgliedern bestehen würde, von denen Preußen, Österreich und Bayern immer vertreten sein würden. Bismarck schlug als Gegenreaktion ein Bundesparlament vor, dessen Vertreter direkt vom Volk gewählt werden sollten.

Das würde einen Schritt näher zur politischen Partizipation des Volkes bedeuten und zeigte zugleich Bismarcks liberale Haltung, obwohl er sonst eher konservativ agierte. Das war ein sehr diplomatischer vorausschauender Schritt Bismarcks, weil er sich durch die Verwirklichung dieser Idee die Mehrheit gegen Österreich einbringen konnte. Da Österreich einen geringeren Anteil an deutscher Bevölkerung besaß als Preußen, wäre der politische Einfluss Österreichs verringert worden. Doch konnte keine Einigung erzielt werden, sodass Bismarck 1863 zu einer intensiven Isolierungspolitik gegen Österreich überging.

Er unterstützte den russischen Zaren bei der Niederwerfung des polnischen Aufstandes und sicherte sich dadurch die Neutralität Russlands. Im 2. wichtigen Schritt zog er die Gunst Österreichs wieder auf seine Seite, indem Preußen und Österreich gemeinsam gegen die Dänen Krieg führten, um Schleswig und Holstein von den Besatzern zu befreien. Seine Idee war,

Österreich durch dieses Vorgehen / diesen Konflikt an die preußische Politik zu binden. Als 1863 die Auflage, dass beide Herzogtümer zwar zu Dänemark gehören, aber getrennt von Dänemark regiert werden müssen, durchbrochen wurde, griffen preußische und österreichische Truppen erneut zu den Waffen und befreiten diese Gebiete. Allerdings ergab sich nun ein Konflikt zwischen Österreich und Preußen um diese Herzogtümer, der durch das Einlenken Bismarcks und eine Kompromisslösung beigelegt werden konnte. Im Vertrag von Gastein 1865 wurde Schleswig Preußen übergeben und Holstein Österreich. Um Holstein entstand ein ständiger Krisenherd, da dieses Gebiet eine Fläche im preußischen Territorium war.

Bismarck suchte über Differenzen in der Besatzungspolitik den Krieg mit Österreich, um es aus dem Deutschen Bund ausschließen zu können.. Er verschaffte sich die Zusage der Neutralität Frankreichs und Russlands sowie ein Bündnis mit Italien.

Preußen besetzte Teile Holsteins, nachdem Österreich angekündigt hatte, die Erbfolge Holsteins dem Urteil des Deutschen Bundes zu unterwerfen. Das sah Bismarck als Bruch der Gasteiner Konvention an und diese Auseinandersetzung führte in den Bruderkrieg. Österreich hatte im Bundestag die Mobilmachung eines Teils der Bundesarmee durchgesetzt, was Preußen als Zeichen nahm, den Deutschen Bund als beendet zu betrachten. Damit begann der Angriff Preußens auf einzelne Bundesstaaten. Die Entscheidung fiel in Böhmen. Der preußische Generalstabschef Moltke dirigierte seine Truppen auf den neuen Eisenbahnen zur Schlacht und führte sie durch die Heeresreform modernisiert sowie durch eine ausgezeichnete militärische Organisation in den Sieg gegen Österreich. Bismarck erwirkte beim König, gegenüber Österreich auf Gebietsforderungen zu verzichten, falls es Preußen bei der Neugestaltung Deutschlands freie Hand ließe. Ergebnis war die Annexion Schlesiens und Holsteins und Hannovers, Kurhessens, Nassaus und Frankfurts am Main. Mit den übrigen 22 Staaten nördlich des Mains schloss Preußen am 11.07.1867 den Norddeutschen Bund – den ersten deutschen Bundesstaat mit Reichstag, Reichskanzler, Bundesheer, Verfassung. An der Spitze stand der König von Preußen als erblicher Bundespräsident. Dieses Bündnis war ein weiterer Schritt zur deutschen Einheit, weil sich nun bereits alle norddeutschen Staaten unter einer zentralen Führung / Leitung befanden. Allerdings wurde diese noch nicht gewählt, sondern vererbt, was ein Vorwärtsschreiten des integralen Nationalismus bewirkte. Drei Teile waren übrig geblieben, von dem einst zersplitterten Deutschland (der NDB, die souverän gebliebenen süddeutschen Partikularstaaten und Österreich). Die süddeutschen Staaten waren zudem wirtschaftlich durch den Zollverein und militärisch durch Schutz- und Trutzbündnisse an Preußen gebunden.

Ein weiterer Schritt auf dem Weg zur deutschen Einheit war der Deutsch–Französische Krieg 1870/71. Frankreich war im preußisch–österreichischen Krieg neutral geblieben, weil man Gebietsabtretungen versprochen hatte, die es nun nach dem Krieg einforderte. Bismarck jedoch wies diese Forderungen zurück, stellte aber in seiner diplomatischen Verhandlungsführung ein mögliches Einverständnis von der Übergabe Luxemburgs bereit, was große Proteste heraufbeschwor, an dessen Spitze sich Bismarck schließlich selbst stellte. Luxemburg wurde neutralisiert.

Auch innerhalb der deutschen Gebiete gelang es nicht eine politische Einigung zu einer Einheit Deutschlands zu erzielen, da die süddeutschen Staaten unvereinbar schienen. Bismarck griff zu einer Entscheidungsgewalt von außen. Er war der Meinung, dass die deutsche Einheit nur durch ein Ereignis von außen erreicht werden konnte. Ein Krieg war das Ziel. Anlass war der Streit um das spanische Thronerbe Leopolds von Hohenzollern-Sigmaringen (ein entfernter Verwandter des preußischen Königs Wilhelm I.), wodurch sich Frankreich eingeengt und bedroht fühlte. Angesichts

einer französischen Kriegsdrohung verzichteten die Hohenzollern darauf, dass ein Mitglied ihres Hauses spanischer König wurde, als aber Napoleon III. Preußen durch eine Verzichtserklärung (Bad Ems) auf alle Zeit demütigte, verfasste Bismarck für die Presse eine gestraffte Form der Emser Depesche, durch die man den Eindruck gewann, dass Wilhelm den französischen Botschafter an der Nase herumgeführt habe. Napoleon III. erklärte beleidigt am 19.07.1870 den Krieg. Frankreich war Preußen unterlegen und Bismarck gelang es, selbst die süddeutschen Staaten für diesen Krieg zu gewinnen, indem es sich auf das deutsche Nationalgefühl und dem Ziel der Gebietsausdehnung Frankreichs berief. Frankreich unterlag nach kürzester Zeit den überlegenen preußischen Truppen. Napoleon wurde gefangen genommen und kapitulierte im Januar 1871 in Paris. Im Friedenvertrag von Frankfurt (Mai 1871) musste Frankreich Elsass und Lothringen an Deutschland abtreten und eine hohe Kriegsschädigung zahlen.

Mit Frankreich war ein entschiedener Gegner einer deutschen Einheit unter den Großmächten besiegt worden. Allerdings belastete dieses Ereignis die Beziehung zwischen Frankreich und Deutschland bis in die Gegenwart.

Dem Beitritt der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bund stand nichts mehr im Wege.

Für die Partikularstaaten gab es zwar einige Privilegien und Sonderrechte als Zugeständnisse, aber während der Reichsproklamation von Versailles am 18.01. 1871 wurde der preußische König deutscher Kaiser. Es entstand ein deutscher Staat mit einem Kaiser an der Spitze, der alleiniger Herrscher über das Deutsche Reich war.

Es gab trotzdem eine Verfassung – die die Monarchie zu einer konstitutionellen Monarchie erwachsen ließ. Den Menschen wurden dadurch bestimmte Grundrechte zugesichert. Die nationale Idee, die aus den Reihen der Liberalen entstanden war, gehörte nun zum Konservatismus. Dadurch kann man von einem Wendepunkt sprechen, in dem sich eine Wandlung vom liberalen Nationalismus zum integralen Nationalismus in Deutschland vollzog.

(Quellenangaben beim Verfasser)

Am 18. Januar 1871 erreichte Bismarck sein größtes Ziel – die Gründung des deutschen Reiches. Doch der Weg zum deutschen Nationalstaat war lang und ereignisreich. Angefangen bei der Gründung des Deutschen Bundes 1815 bis zur Gründung des deutschen Reiches 1871 vergehen 56 Jahre, in denen die Landkarte neu geordnet wird. Die Friedensordnung des Wiener Kongresses wurde nach 40 Jahren durchbrochen und es begann eine Epoche der Kriege zwischen den europäischen Großmächten.

Nach dem Sieg gegen Napoleon wurde auf dem Wiener Kongress (1814-1815) die geographische Neuordnung Europas durch die anwesenden Fürsten beraten und beschlossen. Die politischen Prinzipien der Konferenz waren Restauration (Wiederherstellung der gesellschaftlichen und politischen Zustände vor der Französischen Revolution), Legitimität (von Herrschaft durch Traditionen und dem Gottesgnadentum), Solidarität der Fürsten (zur Abwehr revolutionärer Ideen oder Bewegungen) und Gleichgewicht zwischen den europäischen Großmächten. Für Deutschland wurde 1815 ein lockerer Staatenbund aus 39 souveränen Einzelstaaten entworfen – der Deutsche Bund. Wesentlicher Zweck des Deutschen Bundes war die „*Erhaltung der ... Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der einzelnen deutschen Staaten*“ (Art. 2 Bundesakte) und damit die Restauration der fürstlichen Souveränität und des staatlichen Partikularismus.

1817 forderten ca. 800 Burschen auf dem Wartburgfest einen deutschen Nationalstaat, eine eigene Verfassung, Bürgerrechte und damit das Ende der Fürstenherrschaft. Viele Deutsche hegten nach den Befreiungskriegen gegen Napoleon die Hoffnung auf eine Erneuerung der Reichseinheit. In der Einladung zu diesem „Nationalfest“ stand geschrieben: Der Himmel segne unser gemeinsames Streben ein Volk zu werden, das voll der Tugenden der Väter und Brüder durch Liebe und Eintracht die Schwächen und Fehler beider beseitigt.“ Sie feierten das Wartburgfest zum Gedenken des 300-jährigen Jubiläums der Reformation und den 4. Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig. Ihre Vorbilder waren die Volksfeste der Französischen Revolution sowie die Festveranstaltungen der Turnbewegungen, die auch zur Befreiung und Einigung Deutschlands veranstaltet wurden. Jedoch verboten zwei Jahre später die Karlsbader Beschlüsse die Burschenschaften und „revolutionäre Umtriebe“. Sie hatten Maßnahmen zur Überwachung und Bekämpfung liberaler und nationaler Bewegungen zum Gegenstand. Es wurden Vereine und Universitäten kontrolliert und überwacht, verdächtige Hochschullehrer wurden entlassen und die Pressezensur neben dem Verbot der Burschenschaften eingeführt. Anlass waren die Ängste der Fürsten vor einer Revolution. Die Unterdrückung der liberalen Bewegungen und die Kontrolle der Vereine verhinderten die Bildung von Parteien und führte zu Fluchten einiger Studenten und Professoren ins Ausland, aber auch das Bürgertum zog sich zurück und die politischen Probleme wurden der restaurativen Regierung überlassen. Durch Angst vor einer Gefangenschaft passten sich die Menschen den gegebenen Umständen an.

In Frankreich kam es 1830 zur Juli-Revolution, bei der revolutionäre Kämpfe zu einem neuen Wahlrecht, einer neuen Verfassung und einem Thronwechsel führten. Die Auswirkungen erfassten einen Großteil Europas. In Deutschland nahm zum Beispiel die Opposition in den Landtagen zu. Höhepunkt dieser erstarkten Oppositionsbewegungen war das Hambacher Fest. 1832 nahmen etwa 30000 Menschen an dem „Nationalfest“ teil und forderten Einheit, Freiheit und Gerechtigkeit. Die Redner wandten sich gegen die bestehenden europäischen Verhältnisse, gegen die Willkürherrschaft der Fürsten und gegen soziale Missstände. Sie knüpften an das Wartburgfest an und verbreiteten ihre liberalen Gedanken weiter, trotz Repressalien der Gegner.

Nach einer erneuten Revolution in Frankreich im Februar 1848 kam es in fast allen europäischen Ländern zu Unruhen. Mehrere Faktoren führten zu einer Revolution in Deutschland: die Wünsche der Menschen nach Beteiligung an der politischen Macht blieben unerfüllt, in den Jahren 1845/46 waren die Menschen von Missernten betroffen, die Wirtschaft hatte Strukturprobleme und verschiedenen Ländern in Europa fehlte die nationale Selbstbestimmung. Für mehr Freiheit, politische Mitbestimmung, Schaffung eines Nationalstaats und die Abschaffung des Feudalsystems war das deutsche Volk auf die Straße gegangen. Auf Volksversammlungen und Demonstrationen wurden die so genannten Märzforderungen gestellt. Die Monarchen spielten auf Zeit und kamen den Forderungen mit der Berufung liberaler Minister entgegen. Trotzdem kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen dem Militär und dem protestierendem Volk. Die Monarchen mussten dem revolutionären Druck nachgeben und kurz drauf fanden die ersten freien Wahlen zur Nationalversammlung statt.

Am 18.5.1848 tagten die Abgeordneten in der Paulskirche in Frankfurt am Main. Die Parlamentarier beschlossen die Garantie der Bürgerrechte in einer zukünftigen Verfassung zu verankern und stritten sich im Wesentlichen um zwei Punkte: „großdeutsche Lösung“ unter Einschluss des deutschsprachigen Teils Österreichs oder „kleindeutsche Lösung“ unter Führung Preußens ohne Österreich und um den Punkt konstitutionelle Monarchie oder Republik. Nach dem Sieg der Volksbewegung in den Bundesstaaten sollten sie die Revolution in ruhige Bahnen lenken und die deutsche Frage in Zusammenarbeit mit den Regierungen lösen. Der Preußenkönig Wilhelm IV. nahm aber die ihm angebotene Kaiserkrone nicht an und so scheiterten die Parlamentarier und der deutsche Nationalstaat. Daraufhin kommt es erneut zu Aufständen.

1850 wird der Deutsche Bund wiederbegründet und so das vorrevolutionäre politische System im Wesentlichen wiederhergestellt. Gründe für das Scheitern der Revolution waren neben den unterschiedlichen Interessen der Trägergruppen der Revolution, die ambivalenten Interessen des Bürgertums, die fehlende Führung, Schwächen der Nationalversammlung, Ausmaß der Aufgaben und die Illusion der erfolgreichen Revolution.

1858 – also zehn Jahre nach der Revolution keimte bei dem liberal und national gesinnten Bürgertum wieder Hoffnung auf. Für den kranken und regierungsfähigen Friedrich Wilhelm IV. übernahm sein Bruder Wilhelm im Oktober die Regentschaft und es begann eine „Neue Ära“ in Preußen. Der neue König entließ das bestehende reaktionäre Ministerium und berief ein liberal-konservatives Kabinett. Es kommt jedoch zu einem Konflikt zwischen dem König und dem preußischen Abgeordneten Haus, da Wilhelm I. seinen alleinigen Anspruch auf die Armee nicht aufgeben wollte, die Volksvertretung aber auf Mitspracherecht bei Militärangelegenheiten bestand. Der Konflikt weitete sich zum Verfassungskonflikt aus. Wilhelm beschloss ohne Landtag und ohne Haushalt zu regieren. Seine Minister protestierten, traten zurück und die preußische Regierung brach 1862 zusammen. König Wilhelm I. befand sich in einer schwierigen Lage und es bot sich sein Retter an – der Reaktionär Otto von Bismarck, der ohne Wenn und Aber für die Monarchie stand. Wilhelm ernannte ihn im September 1862 zum Ministerpräsidenten. Bismarcks außenpolitisches Ziel war die Hegemonie Preußens in Deutschland, doch Österreich rüstete auf.

Im Jahr 1863 begann Bismarck eine planvolle Isolationspolitik gegen Österreich. Der Konflikt der beiden Länder kam bei der Krise um die dänischen Herzogtümer Schleswig und Holstein offen zum Ausbruch. Dänemark verleibte sich Schleswig jenseits der Bundesgrenzen ein, gegen die Regelung des Londoner Protokolls aus dem Jahr 1852. Der dänische König hatte sich darin verpflichtet Schleswig und Holstein ungeteilt und getrennt von Dänemark zu regieren. Preußische und österreichische Truppen besetzten die beiden Gebiete und schlugen die Dänen. Österreich und

Preußen gewannen gemeinsam den deutsch-dänischen Krieg. Vorerst verwalteten sie zusammen die beiden Gebiete. Doch das änderte sich, denn Bismarck strebte die Annexion von Schleswig und Holstein durch Preußen an, was wiederum Österreich nicht zulassen konnte. In der Konvention von Gastein im August 1865 wurde Schleswig unter preußische und Holstein unter österreichische Verwaltung gestellt und es entstand ein ständiger Krisenherd. Holstein bildete eine österreichische Insel in preußischem Gebiet. Bismarck erhoffte sich durch einen siegreichen Krieg gegen die dänischen Herzogtümer Österreich nach der wirtschaftlichen Trennung auch politisch aus dem Deutschen Bund zu entfernen. Durch einen Bündnisvertrag gelang es ihm Italien auf seine Seite zu ziehen und sich die Neutralität Frankreichs zu sichern. Daraufhin ließ Bismarck den Streit eskalieren, indem er sich über den Vertrag von Gastein hinwegsetzte, ließ preußische Truppen in Holstein einmarschieren und erklärte Österreich somit den Krieg. Bismarck war der Überzeugung, dass sich die deutsche Frage nur mit Gewalt lösen ließe und wollte Österreich durch militärischen Druck aus Deutschland verdrängen. Österreich gelang es den Deutschen Bund gegen das preußische Vorgehen zu mobilisieren und fand verbündete in den Mittelstaaten. Preußen besaß jedoch die überlegene militärische Organisation und der Krieg war schnell entschieden. Österreich war geschlagen und Preußen siegte am 3. Juli 1866 bei Königgrätz. Mit Eisen und Blut hatte Bismarck die deutsche Frage durchgesetzt. Im Frieden von Prag schonte Bismarck die Österreicher, um das Ausland zu beruhigen. Der deutsche Bund wurde aufgelöst, stattdessen schlossen sich im Juli 1867 22 Staaten zum Norddeutschen Bund zusammen. Dieser einigte zwar nur die Länder nördlicher der Mainlinie, war aber ein erster Schritt zur deutschen Einheit. Durch die enorme Machtvergrößerung Preußens wollte nun auch Frankreich den Preußen die Grenzen aufzeigen. Doch weil Bismarck sein Ziel, einen deutschen Nationalstaat zu gründen, noch nicht erreicht hatte, strebte auch er einen Konflikt mit Frankreich an. Die spanische Erbfolge bot beiden Parteien den Anlass zur militärischen Auseinandersetzung. Dem Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, einen entfernten Verwandten des Königs von Preußen – Wilhelm I., wurde der verwaiste spanische Thron angeboten. Bismarck wollte Frankreich durch eine deutsch-spanische Allianz zur Reaktion zwingen und Frankreich drohte mit militärischem Eingreifen, sollte Leopold nicht auf den Thron verzichten. Aufgrund dieser Drohung erklärte der Prinz im Juli des Jahres 1870 den Verzicht auf die spanische Krone. Die französische Regierung verlangte vom preußischen König, der sich gerade in Bad Ems zur Kur aufhielt, die Garantie für den Verzicht Leopolds. Der König lehnt die Forderung jedoch höflich ab. Aber Bismarck ändert das Protokoll des Gesprächs zwischen dem König und dem Botschafter und in der Zeitung erscheint ein stark von Bismarck gekürztes Protokoll. Vom Inhalt der „Emser Depesche“ ist Frankreich empört und erklärt, ohne Bemühungen um eine Aufklärung, am 19. Juli 1870 Preußen den Krieg. Die europäischen Großmächte Russland, England und Österreich erklärten sich für neutral, weil sie keinen Grund für einen Krieg sahen. Preußen hingegen hatte Unterstützung durch die Süddeutschen Staaten, denn diese sahen den Bündnisfall gegeben. Dieser Krieg war ein weiterer Schritt hin zur deutschen Einheit. Das Nationalbewusstsein der Deutschen war sehr stark, denn es handelte sich bei diesem Krieg um eine nationale Angelegenheit. Wie schon im deutschen Krieg gegen Österreich waren die preußischen Truppen dem Gegner durch bessere Waffen, größere Beweglichkeit und strafferer Organisation weit überlegen. Die französische Armee unterlag nach mehrwöchigem Kampf und der in Sedan eingeschlossene Napoleon kapitulierte am 2. September 1870. Bismarcks Forderungen nach dem deutschsprachigen Elsass und Lothringens veranlasste die neue französische Regierung nochmals in den Krieg einzutreten, der am 28. Januar 1871 durch die Kapitulation der Stadt Paris beendet wurde. Im Frieden von Frankfurt im Mai 1871 musste

Frankreich 5 Milliarden Goldfranken Entschädigung an das Deutsche Reich zahlen und Elsass-Lothringen abtreten.

Die Gunst der Stunde nutzte Preußen und führte den Norddeutschen Bund und die süddeutschen Staaten zu einem staatlichen Zusammenschluss, denn durch den Krieg bestand ein Nationalbewusstsein, was sich als gute Bedingung für einen Nationalstaat darstellte. Bismarck erreichte sein größtes Ziel: Die Gründung des Deutschen Reichs und die Vollendung der deutschen Einheit, mithilfe seines „Blut und Eisen“-Konzeptes. Die Gründung der Deutschen Einheit war aber auch der Wunsch weiter Kreise in der Bevölkerung und wurde sogar vom Ausland als folgerichtige Entwicklung akzeptiert. Im Schloss der französischen Könige, im Spiegelsaal von Versailles wurde der Preußenkönig Wilhelm I. am 18. Januar 1871 von den versammelten Fürsten zum Deutschen Kaiser ausgerufen.

Das Deutsche Reich wurde als Bundesstaat der deutschen Fürsten gegründet, ohne Mitwirkung des Volkes. Es gab keine Verfassung, die von der Nationalversammlung beschlossen worden war, sondern eine selbst geschriebene von Bismarck. Der Kaiser war von Bismarck gedrängt worden und war nicht vom Volk gewählt worden, es gab keine Grundrechte und das Deutsche Reich war eine konstitutionelle Monarchie mit starkem Militär, starker Regierung und nur begrenztem Mitspracherecht des Volkes.

Die Entwicklung des Nationalstaats symbolisiert einen Wandel des Nationalismus. Über diesen langen Zeitraum hinweg wandelte er sich vom liberalen zum integralen Nationalismus.

Der Nationalismus basierte auf der Idee der Nation. Er bezeichnet die Hingabe eines Menschen zu seinem Volk und zu seiner Nation. Der liberale Nationalismus ist die Nation der Bürger. Er stand für Volkssouveränität, Selbstbestimmungsrecht sowie Menschen und Bürgerrechte. Er war durch den Weg von „unten“, also vom Volk aus legitimiert. Der integrale Nationalismus hingegen ist die Nation der Fürsten. Er steht für das Gottesgnadentum, für die „Auserwähltheit“ und für nationale Egoismen. Er war legitimiert durch den Weg von „oben“, also durch das Gottesgnadentum.

Schon 1817 fordern die Menschen auf dem Wartburgfest einen deutschen Nationalstaat, eine Verfassung und Bürgerrechte. Dort besteht noch der liberale Nationalismus. Auch beim Hambacher Fest und der Revolution halten die Menschen an einem liberalen Nationalismus fest. Doch diese Form war nicht stark genug um gegen die konservativen Kräfte, gegen den mächtigen Adel und gegen die Fürsten anzukommen. Bismarck trägt sehr zum Wandel zu einem integralen Nationalismus bei. Er verfolgte das Ziel, einen deutschen Nationalstaat unter preußischer Führung zu schaffen, der dadurch eine zentrale Verwaltung und eine Vergrößerung der Macht ermöglichte. Er wollte eine Revolution von „oben“, nicht von „unten“. Deutschland sollte durch die Regierung und die Monarchen geeinigt werden. Er benutze die deutsche Nationalbewegung, um den Deutschen Bund zu sprengen und Preußen an die Spitze der nationalen Bewegung zu setzen. Am Ende wurde das Deutsche Reich durch die Fürsten gegründet, ohne dass das Volk mitwirken konnte. Es gab keine Verfassung und keine Grundrechte. Das Deutsche Reich war eine konstitutionelle Monarchie mit nur begrenztem Mitspracherecht.

All das zeugte von einem integralen Nationalismus und davon, dass sich mit der Gründung der Deutschen Einheit der liberalistische Nationalismus zum integralen gewandelt hatte.

Der Weg zum deutschen Nationalstaat beginnt für mich bereits 1815 mit dem Zusammenschluss der 39 deutschsprachigen Einzelstaaten zum Deutschen Bund. Die vier Grundsatzziele, die bereits im Wiener Kongress festgelegt wurden, sind Restauration, Legitimität durch Gottesgnadentum, Solidarität der Fürsten und das Gleichgewicht zwischen den europäischen Großmächten. Geführt wird der lockere Staatenbund durch einen in Frankfurt ansässigen Bundestag, mit Österreich als Vorsitz. Dies zeigt deutlich, dass Österreich zu Beginn des langen 19. Jahrhunderts sehr mächtig ist. Weiterhin wird eine Bundesakte entworfen, in der die oben genannten Ziele festgeschrieben sind, und die den Einzelstaaten des Deutschen Bundes ihre Souveränität garantiert. Um die Einhaltung der vier Grundsatzziele, ehemals des Wiener Kongresses und nun des Deutschen Bundes, zu gewährleisten wird schließlich auch ein Bundesheer aufgestellt, das sich aus Einheiten aller Einzelstaaten zusammensetzt. Der Deutsche Bund bleibt so bis zur Revolution von 1848/49 in seiner ursprünglichen Form bestehen. Im Laufe der Revolution wird er maßgeblich in die Nationalstaatsfrage der Frankfurter Nationalversammlung einbezogen und soll zugunsten eines deutschen Nationalstaats mit Verfassung und Bürgerrechten abgeschafft werden. Die Revolution repräsentiert das Streben des Bürgertums nach einem Nationalstaat, in dem Menschen- und Bürgerrechte gewährt werden und der den Menschen eine politische Teilhabe ermöglichen soll. Ausgelöst durch katastrophale wirtschaftliche und soziale Verhältnisse und den zermürbenden Kampf zwischen Restauration und Fortschritt kommt es zum Ausbruch der Revolution. Schon in der Befreiungsphase zeichnen sich deutlich die Erfolge der liberalen Revolutionäre ab. Vor allem in den kleineren deutschen Staaten werden Verfassungen in Kraft gesetzt und liberale Regierungen berufen. Auch der preußische König Friedrich Wilhelm IV. zeigt sich kooperativ. Er verspricht einer Verfassung zuzustimmen und setzt ein liberales Regierungskabinett ein. Ein weiterer wichtiger Erfolg ist die Frankfurter Nationalversammlung, die nur aus vom Volk gewählten Abgeordneten besteht und sich fortan mit der schwierigen Nationalstaatsfrage beschäftigen soll. Wie problematisch diese Frage ist wird erst im weiteren Verlauf der Revolution deutlich. Mit dem letztendlichen Scheitern der Revolution scheitert auch die Nationalversammlung, die bis zuletzt das Ziel eines liberalen Nationalstaats verfolgt hat. Dies bedeutet auch eine große Niederlage für den liberalen Nationalismus. Mit der Wiederherstellung des Deutschen Bundes 1850 rückt der Traum des deutschen Nationalstaats vorerst in weite Ferne. Doch ist die Revolution nicht gänzlich nutzlos geblieben. So werden zumindest einige Verfassungen erstellt, die die Macht der Fürsten in ihren Ländern einschränkt, sowie vielerorts liberal-konservative Ministerien, die an politischen Entscheidungen beteiligt werden. Natürlich auch in Preußen, das sich, begünstigt durch die Industrielle Revolution, mit seinen aufstrebenden Industriezentren langsam zur Wirtschaftsmacht entwickelt. Die preußische Regierung setzt sich aus dem Preußenkönig und zwei parlamentarischen Kammern zusammen, die wiederum aus einem adligen Oberhaus und einer gewählten Volksvertretung bestehen. Doch währt die Einigkeit zwischen den beiden Kammern und dem König nicht lange. So kommt es schon 1858 zu einem Verfassungskonflikt. Gegenstand dieses Konfliktes ist die laut Verfassung alleinige Entscheidungsgewalt des Königs bei militärischen Angelegenheiten. Er strebt eine Aufstockung des Heeres und eine Verlängerung der Wehrpflicht an, um seine Position nach der Revolution zu stärken. Die beiden Kammern des Ministeriums fordern ein Mitspracherecht und fühlen sich betrogen. Als Mitinhaber des Budgetrechts verweigern sie die Erhöhung des Militäretats und wünschen eine Begrenzung der Wehrpflicht auf zwei Jahre. Mit ihrer Budgetblockade versuchen

die meist liberalen Abgeordneten die Macht des Parlaments auszuweiten und zu sichern. Das Spannungsverhältnis zwischen dem König und den Abgeordneten vergrößert sich noch, als König Wilhelm Otto von Bismarck zum Reichskanzler ernannt. Bismarck erkennt eine Verfassungslücke bei Kontroversen zwischen dem König und den Abgeordneten. Eigentlich kommt ein Gesetz nur bei Übereinstimmung zwischen dem König und den beiden Kammern zustande. Liegt allerdings eine Kontroverse vor gibt es in der Verfassung keine genauen Hinweise. Mit seiner Lückentheorie räumt Bismarck dem König mehr Macht ein, indem er darauf hinweist, dass dem König als Verfassungsgeber mehr Macht zustehen sollte. Somit kann der preußische König seine Heeresreform auch gegen den Willen des Parlaments durchsetzen, was die beiden Kammern des Ministeriums zutiefst empört. Sie fordern die Entlassung Bismarcks und Versagen dem König resigniert ihre weitere Mitarbeit, woraufhin er den Landtag auflöst. Die deutsche Fortschrittspartei, seit 1861 im Parlament vertreten, bildet den liberalen Schwerpunkt des Parlaments und ist im Verfassungskonflikt Bismarcks größter Gegner. Den größten politischen Einfluss hat jedoch immer noch Otto von Bismarck. Sein größtes Ziel ist es Preußens Macht auszubauen und zu stärken, kurz gesagt strebt er die Hegemonie Preußens im Deutschen Bund an. Österreich will diese Pläne durch eine Bundesreform verhindern. Man schlägt ein Deutschland nach Großdeutscher Lösung vor, mit bevollmächtigten Institutionen, einem Exekutivrat, einer Fürstenversammlung, einem Parlament und einem Bundesgericht. Bismarck bangt um seine Hegemoniepläne für Preußen und rät dem König vom Fürstentag 1863, an dem die Bundesreformen festgelegt werden sollten, fernzubleiben. Der Fürstentag scheitert und für Österreich bedeutet dies eine schwere politische Niederlage. Trotzdem betreibt Bismarck anschließend Isolationspolitik gegenüber Österreich, womit er den seit jeher bestehenden preußisch-österreichischen Dualismus noch verstärkt. Um Österreichs Position und schwache Industrie wieder zu stärken, verlangt Wien die Aufnahme in den Deutschen Zollverein. Der Zollverein ist ein Zusammenschluss deutscher Bundesstaaten für den Bereich der Zoll- und Handelspolitik. Er besteht seit 1833 und erzeugt einen Markt über den mit einheitlicher Währung und einheitlichen Gewichts- und Längeneinheiten gehandelt werden konnte. Bismarck droht auf Österreichs Aufnahmeantrag hin mit der Auflösung der preußisch dominierten Zollunion. 1866 wird die Zollunion erneuert, wieder ohne Österreich, was eine zusätzliche Belastung für die ohnehin sehr schwache Wirtschaft der Donaumonarchie bedeutet. Im Gegensatz zu Österreich gewann Preußen immer mehr Verbündete. Russlands Neutralität im eventuellen Kriegsfall beispielsweise, erlangt Preußen durch die Alvenslebensche Konvention. Dabei wird es den Vertragspartnern erlaubt Aufständische mithilfe der jeweiligen Truppen auf dem Territorium des preußischen oder russischen Nachbarstaates zu verfolgen. Dem französischen König hingegen verspricht man Gebietsabtretungen, um sich Neutralität zu erkaufen. Doch kommt der Konflikt nicht sofort offen zum Ausbruch, denn die dänische Krise erforderte den Eingriff des Deutschen Bundes. Der dänische König hatte die Festlegung des Londoner Protokolls von 1852 gebrochen. Diese Regelung gewährte ihm die Regierung der Herzogtümer Schleswig und Holstein. Die Herzogtümer sollten aber unabhängig von Dänemark regiert werden. Der dänische König allerdings will diese Gebiete seinem Königreich einverleiben. Es folgt darauf die Besetzung von Schleswig und Holstein durch das vereinigte Heer des Deutschen Bundes, mit dem anschließenden Frieden von Wien 1864. Dabei wurde die Rückgabe der Herzogtümer an den Deutschen Bund erklärt. In den Gasteiner Konventionen 1865 regelt man die Vergabe von Schleswig und Holstein an Preußen und Österreich, wobei Preußen Schleswig und Österreich Holstein erhält. Da Holstein aber inmitten des preußischen Herrschaftsgebietes liegt, wird das Herzogtum schnell zum

Krisenherd. Noch immer ist es aber Bismarcks Ziel Österreich aus dem entstehenden deutschen Nationalstaat zu drängen. Österreich ist in den deutschen Südstaaten sehr beliebt und bedroht so Bismarck Wunsch nach einem baldigen gesamtdeutschen Staat. Die einzige Möglichkeit ist es also Österreich nach der wirtschaftlichen Trennung auch politisch aus dem Deutschen Bund zu drängen. Bismarck lenkte aber ein, weil er glaubt, dass Preußen nicht ausreichend gerüstet ist. Trotzdem sichert er sich nach Russland und Frankreich auch Italien als Bündnispartner. Zum Kriegsausbruch kommt es schließlich 1866. Österreich hatte angekündigt die Erbfolge in Holstein dem Urteil des Deutschen Bundes zu überlassen. Otto von Bismarck wertet dies als Verstoß gegen das Gasteiner Abkommen und lässt die preußischen Truppen in Holstein einmarschieren. Österreichs Beliebtheit im deutschen Bund ist klar zu erkennen, da dessen Verbündete im preußisch-österreichischen Krieg alle dem Deutschen Bund angehörten. Eigentlich aber geht es bei diesem Krieg aber vor allem, um die Vormachtstellung im Deutschen Bund. Preußens Sieg im preußisch-österreichischen Krieg beendet den preußisch-österreichischen Dualismus. Der Frieden von Prag besiegelt die Auflösung des Deutschen Bundes, den Ausschluss Österreichs aus dem entstehenden deutsch-preußischen Nationalstaat und eine Vergrößerung Preußens durch österreichische Gebietsabtretung. Damit hat Österreich seine frühere Macht endgültig verloren. In Preußens Regierung hingegen kommt es nun auch zu einer Einigung. Bismarck unterbreitet der Fortschrittspartei eine Indemnitätsvorlage, in der er sich zu einer einseitigen Auslegung der Verfassung bekennt und das Budgetbewilligungsrecht des Abgeordnetenhauses anerkennt. Daran spalten sich die Liberalen. Die neuorientierten Nationalliberalen billigen die damalige Heeresreform aufgrund des siegreichen Krieges. Sie wollen mit Bismarck kooperieren und fordern eine baldige Schaffung des deutschen Nationalstaats. Die reine Fortschrittspartei verlor durch ihre Halsstarrigkeit viele Mitglieder an die Nationalliberalen. Damit hat Österreich seine frühere Macht endgültig verloren. So gestärkt gründet Bismarck im Jahr 1867 dann den Norddeutschen Bund. Der preußische König Wilhelm gilt als der Bundespräsident. Die südlichen Staaten wehren sich allerdings gegen eine Angliederung an Preußen und den Norddeutschen Bund, obwohl Norden und Süden bereits eine wirtschaftliche Einheit bilden. Vor allem der bayrische König Ludwig II. forderte eine klare Trennung von den nördlichen Staaten. Aber auch außenpolitisch gibt es zunehmend Probleme. Frankreich fühlt sich um die von Preußen versprochenen Gebiete betrogen. Der französische König Napoleon missbilligt die Machtverschiebung innerhalb des ehemaligen Deutschen Bundes. Er sieht Preußen als zu mächtigen Gegner an. Der Anlass für den ernsthaften Konflikt zwischen Preußen und Frankreich ist aber augenscheinlich ein anderer. Der spanische Thron ist verwaist und könnte der Erbfolge nach dem preußischen Adligen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen zufallen. Der preußische König Wilhelm würde einer Kandidatur durchaus zustimmen, denn eine Allianz mit Spanien würde Preußens Macht nur weiter vorantreiben. Der französische König fühlt sich bedroht und entsendet einen Botschafter nach Bad Ems. In der dort entstehenden Emser Depesche von 1870 fordert der französische Botschafter aufgrund von Fehlinformationen den Rücktritt des deutschen Thronanwärters. Der preußische König soll sich weiterhin verpflichten einer erneuten Kandidatur niemals zuzustimmen. Der König weist den französischen Botschafter ab. Die seltsame Begegnung gelangt an die Presse. Frankreich ist in seinem Stolz verletzt und erklärt den deutschen Staaten kurz darauf den Krieg. Deshalb erfolgt vorerst der militärische Zusammenschluss der nord- und süddeutschen Staaten, um die deutschen Gebiete zu verteidigen, was aber einen wichtigen Schritt für die langersehnte endgültige Vereinigung bedeutet. Dieser militärischen Übermacht unterliegt Frankreich schließlich im Januar 1871 und kapituliert in Paris. In dem anschließenden

Friedensvertrag fällt Preußen Elsass und Lothringen zu. Am 18. Januar 1871 wird dann in der Reichsproklamation von Versailles der Zusammenschluss der nord- und süddeutschen Staaten festgelegt. Natürlich mit einigen Sonder- und Separatrechten für die Südstaaten, z.B. ein eigenes Postsystem, ein eigenes Heer, Eisenbahnen, diplomatische Vertretungen und für Bayern einige finanzielle Zuwendungen. Der preußische König ist nun auch deutscher Kaiser, woran man erkennen kann, dass in dem neuen Deutschland ein integraler Nationalismus vorherrscht. Das Deutsche Reich ist eine Nation der Fürsten, was auch die notdürftige neue Verfassung zeigt, die das Ergebnis von Verhandlungen souveräner Fürsten ist. Es symbolisiert den Weg von „oben“, mit einem Kaiser der durch Gottesgnadentum für das Regieren auserwählt wird. Obwohl es in dem erschaffenen Bundesstaat keine Einzelstaaten mehr gibt haben die ehemaligen Staaten eigenständige Verwaltungen und konnten selbstständig Justiz und Kultusangelegenheiten ausüben. Damit hat sich der deutsche Traum des Nationalstaats doch noch erfüllt.

Der liberale Nationalismus wurde nur vom Bürgertum und der Nationalversammlung getragen. Er war aber nicht stark genug, um sich gegen den konservativen und mächtigen Adel durchzusetzen. Aber schnell hat Otto von Bismarck erkannt, welche Vorteile ein deutscher Nationalstaat mit sich bringen konnte. Denn neben der zentralen Verwaltung, die dabei möglich ist, findet eine Gebiets- und Machtvergrößerung statt, die gezielter eingesetzt werden kann. Auch wirtschaftlich ist eine Einheit Deutschlands sehr wichtig und militärisch ist ein einiger Staat viel schlagkräftiger. Die deutsche Bevölkerung forderte während der Revolution 1848/49 aber auch danach stetig einen deutschen Nationalstaat. Durch das neu gegründete Deutsche Reich wird also auch der Wille des Volkes erfüllt, aber auf eine Weise, die dem Adel und dem Kaiser mehr Macht ermöglicht, als er bei einem liberalen Nationalstaat gehabt hätte. Man hat also aus dem liberalen Nationalismus heraus einen integralen Nationalismus erschaffen, der statt auf Selbstbestimmung des Volkes, auf Gottesgnadentum und nationalen Egoismen beruhte.

Nach Aufklärung, Französischer Revolution und Napoleonischer Befreiungskriege, waren zwei Themen nicht mehr aus den Köpfen der Menschen in Europa wegzudenken: Einheit und Freiheit. Das Schreckgespenst der Revolution drohte sich über ganz Europa auszubreiten. Wachgerüttelt durch das Vorbild Frankreichs, erkannten immer mehr Menschen innerhalb der deutschen Länder, ihre Chance einen Staat zu gründen, welcher es schaffen konnte die deutsche Bevölkerung zu einen. Könige, Herzöge, Grafen, Fürsten und Kurfürsten fürchteten einen Umsturz auch in ihren Territorien. Getrieben von der Angst ihre Macht zu verlieren, schlossen sie sich 1815 zum Deutschen Bund zusammen. Dieser schaffte es die Situation, nach der Herrschaft Napoleons, unter Kontrolle zu bringen – Vorerst. Der ungebrochene Wille und Drang des Bürgertums, Veränderungen herbeizuführen, schwelte weiter. Bis es im Jahr 1848 auch in deutschen Gebieten zu Aufständen kam, die sich zur Revolution entwickelten. Nach blutigen Barrikadenkämpfen, scheiterte die Revolution im Spätsommer 1849 endgültig. Der kurzzeitig zerschlagene Deutsche Bund wurde in folgedessen 1850 wiederhergestellt. Trotz der Niederlage dieser sog. Märzrevolution von 1848/49, markiert sie aus heutiger Sicht, einen Meilenstein zur deutschen Einheit, aber auch Wendepunkt der Geschichte. Da das Bürgertum es nicht schaffte, einen liberalen Nationalstaat herbeizuführen, also eine Einigung auf Grundlage der Gleichberechtigung, zog es sich ins Private zurück. Nun erkannte jedoch das eigentlich konservative Preußen, wie sie die liberalen Forderungen, der deutschen Bevölkerung nach einem Nationalstaat, für ihre Zwecke nutzen könnten. Hier vollzog sich in der noch jungen Geschichte der Nationalstaatsidee, ein erster tiefgreifender Wandel. Da die Nationalstaatsgründung „von unten“ gescheitert war, wurde jetzt versucht diese „von oben“ herbeizuführen. Zwar war das Scheitern der Revolution durch die Verlustängste der deutschen Obrigkeit und eigene Verfehlungen der Revolutionäre gescheitert, aber nicht zuletzt auch daran, dass eine Mehrstaatlichkeit auch ein dauerndes Interesse der nicht deutschen Staaten war. Denn diese waren an einer Machtballung in der Mitte Europas nicht interessiert. Ein Mann verstand es ganz besonders gut, diese Situation für sich zu nutzen. Otto von Bismarck lenkte die Politik Europas wie kein zweiter in dieser Zeit. Anders als die meisten damaligen Politiker griff er trotz seiner konservativen Haltung, auch zu vollkommen umstürzenden, nicht konservativen, zum Teil liberalen Methoden, um sich durchzusetzen. Ohne ihn wäre es wohl nie zu einer Reichsgründung 1870/71 gekommen. Doch von der Ernennung Bismarcks 1862 zum preußischen Ministerpräsidenten und Außenminister, bis zur Reichsgründung, war es noch ein langer beschwerlicher Weg.

Bismarcks politische Laufbahn begann zur Zeit des preußischen Verfassungskonfliktes im Jahr 1858. Wilhelm I., welcher Preußens alte militärische Macht wiederherstellen wollte, scheiterte beim Versuch das Heer aufzustocken, am liberal dominierten Parlament. Kurz davor abzudanken, erschien ihm Bismarck als einzig fähiger Mann, dieses Problem zu lösen. Dieser fand eine Verfassungslücke, welche es dem König erlaubte, sich gegenüber dem Parlament durchzusetzen. Letzte Zweifel wozu die Reform diene, wurden 1862 durch die sog. „Blut und Eisen“ Rede Bismarcks beseitigt: „[...] nicht durch Reden oder Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen – sondern durch Eisen und Blut.“ Indirekt war dies auch Preußens Stellungnahme zur deutschen Frage. Eine großdeutsche Lösung, in der Preußen nur gleichberechtigt neben Österreich existiert hätte oder sogar sich hätte unterordnen müssen, wäre nicht in Frage gekommen. So blieb nur die kleindeutsche Lösung, unter Ausschluss Österreichs und der Hegemonie Preußens in einem vereinten Deutschland. Da sich

Preußen bereits im Deutschen Bund als höchsten falls gleichberechtigt gegenüber Österreich sah, entwickelte sich infolgedessen ein Dualismus, zwischen den beiden Großmächten. Dieser mündete 1866 in den sog. Bruderkrieg. Dem vorausgegangen war die Verletzung der Londoner Protokolle. So gehörte, wie im Protokoll festgelegt, Schleswig-Holstein zwar zu Dänemark, hatte jedoch eine Sonderstellung. Diese missachteten die Dänen, als sie Schleswig-Holstein als eigene Provinz eingliedern wollten. Daraufhin stellten sich Preußen und Österreich auf Seiten der Schleswig-Holsteiner. Dänemark, nicht auf einen Konflikt dieses Ausmaßes aus, trat daraufhin Schleswig-Holstein ab. Preußen, welches in Norddeutschland seinen Einfluss ausbauen wollte, hatte vor, Schleswig-Holstein zu annektieren.

Da die Ausdehnung des Machtbereiches nicht im Sinne Österreichs war, trat die Donaumonarchie für ein selbständiges Fürstentum ein. Die Fronten verhärteten sich und es kam zum Krieg. Im 1834 von mehreren Ländern gegründeten deutschen Zollverein, hatte Preußen eine Vormachtstellung inne. Österreich hingegen versuchte bis 1865 vergeblich dieser Wirtschaftsunion beizutreten. Preußen, inzwischen zum wirtschaftlich stärksten deutschen Land aufgestiegen, konnte somit nicht nur durch seine militärische Führungsstärke, sondern auch durch seine technische Überlegenheit den Kampf für sich entscheiden. Ein Fortbestehen des Deutschen Bundes war ohne die Zusammenarbeit der zwei Großmächte nicht mehr möglich. Aus ihm heraus bildeten sich der unter preußischer Vorherrschaft stehende Norddeutsche Bund, die Süddeutschen Partikularstaaten, sowie ein eigenständiges Österreich. Im Prinzip hätte sich die Kleindeutsche Lösung schon jetzt endgültig durchsetzen können, indem der Norddeutsche Bund zusammen mit den Süddeutschen Partikularstaaten zusammengegangen wäre. Einzig im Wege stand Frankreich. Da Frankreich die Macht eines vereinten Deutschland und daraus folgend, um ihre Existenz als europäische Großmacht fürchtete, kam es auch hier zum Konflikt. Eine Kriegserklärung von Seiten des Norddeutschen Bundes gegen Frankreich wäre jedoch zu riskant gewesen, da eine Niederlage nicht auszuschließen war. Die einzige Möglichkeit einen Sieg gegen Frankreich herbeizuführen, sah Bismarck nur mit Hilfe der süddeutschen Staaten. Da die Mehrheit der süddeutschen Bevölkerung jedoch den preußischen Militärstaat ablehnte, ließ sich die nichtpreußische deutsche Bevölkerung nicht mobilisieren. Erst ein glücklicher Umstand und das politische Geschick Bismarcks, lieferten einen Ausweg. Im Jahr 1870 wurde Prinz Leopold von Hohenzollern, welcher zu einem Abzweig des preußischen Königshauses gehörte, der spanische Thron angeboten. Die Thronbesteigung Leopolds wäre somit auch mit einem Machtzuwachs Preußens einhergegangen. Leopold nahm unter zureden Bismarcks das Angebot an. Frankreich, welches den Machtzuwachs verhindern wollte, protestierte. Leopold zog infolgedessen seine Kandidatur vorerst zurück. Frankreich reichte dies jedoch nicht mehr, da sie die entstandene Situation nutzen wollten, um Preußen ihre Überlegenheit zu demonstrieren. So verlangten sie von Leopold, ein Schriftstück zu unterzeichnen, welches garantieren sollte, dass dieser auch in aller Zukunft auf die Thronbesteigung verzichten würde. Der französische Botschafter überbrachte das Dokument nach Bad Ems, zu Wilhelm I. Später ging dieses Schreiben als sog. „Emser Depesche“, in die Geschichte ein. Denn von Bismarck umgeschrieben und somit in Sinn und Tonfall verfälscht, lieferte sie durch ihre Veröffentlichung, den Kriegs Anlass. Frankreich, beim Versuch seine Überlegenheit gegenüber Preußen zu präsentieren, wurde selbst vorgeführt. Napoleon, der daraufhin sein Gesicht wahren wollte, erklärte Preußen den Krieg. Die deutsche Bevölkerung empört von der Kriegserklärung Frankreichs, stellte sich zur Überraschung Napoleons geschlossen hinter Preußen. Durch zahlenmäßige Überlegenheit und unter Preußens militärischer Führung, konnten sie somit den Kampf für sich entscheiden. Schon während des Krieges verhandelte

Beitrittsverträge der süddeutschen Staaten, mit dem Norddeutschen Bund, traten damit am 1. Januar 1871 in Kraft. Am 18. Januar desselben Jahres, folgte die Ernennung des preußischen Königs Wilhelm I., zum deutschen Kaiser. Die Kaiserproklamation fand im Spiegelsaal von Versailles, dem deutschen Hauptquartier während der Belagerung von Paris, statt. Im Jahr 1871 löste sich somit die deutsche Frage. Allerdings nicht durch das liberal orientierte Bürgertum, durch die diese Frage überhaupt erst aufgekommen war, sondern durch Preußen. Denn es erkannte, dass liberale Vorstellungen, vor denen man sich 1815 noch schützen wollte, mit einem konservativ geführten Land vereinbar waren. Viel mehr noch unumgänglich waren, um Macht zu legitimieren. Denn nur die Gemeinschaft aller Bürger - die Nation, kann den Nationalstaat gründen und dessen Existenz sichern.

Der Wunsch nach Einheit und Freiheit der deutschen Bevölkerung - der Liberalen - und der Wunsch Preußens - der Konservativen - nach Macht, bildeten keine Gegensätze, sondern eine Zweckgemeinschaft. Dass die einfache Bevölkerung nicht durchsetzungsfähig war, zeigte sich 1848. Preußen hätte sicher noch andere Wege gefunden, zu mehr Macht zu gelangen. Aber das Aufbegehren der Bevölkerung von 1848, zeigte, dass man in Zukunft auch deren Wohlwollen brauchte, um als Land zu existieren. So kann man letztendlich zu dem Schluss kommen, dass ohne den Druck der Bevölkerung, das Preußen in gewisser Weise den Weg für die Zukunft gewiesen hat, kein Deutsches Reich entstanden wäre. Allerdings Preußen, vorn heran Bismarck, diesen Akt zwar bewerkstelligt hat, dabei aber nicht an Einheit und Freiheit interessiert war, sondern an Machtzuwachs. Das zeigt sich vor allem noch einmal, an dem Ausschluss Österreichs und somit auch dessen deutscher Bevölkerung, wodurch der deutsche Nationalstaat eigentlich unvollkommen war. Dem ungeachtet, ist das Jahr 1871 seit dem Tief im Nationalbewusstsein der Deutschen verankert und wichtiger Teil deren Selbstverständnisses.

Der Weg zum deutschen Nationalstaat

In wie weit symbolisiert der Weg zum deutschen Nationalstaat von 1870/71 den Wandel vom liberalen Nationalismus zum integralen Nationalismus?

Der Weg zum deutschen Nationalstaat war ein langwieriger Prozess, der durch viele politische Ereignisse des langen 19. Jahrhunderts geprägt wurde. Es kann zunächst hervorgehoben werden, dass dieser Prozess durch konservative Kräfte gelenkt und mit der Kaiserkrönung beendet wurde. Der Liberalismus hingegen diente als Denkanstoß für das Gedankengut der Menschen, die in den deutschen Territorien lebten, denn nach der Französischen Revolution und den Napoleonischen Befreiungskriegen waren die zwei Hauptthemen „Freiheit“ und „Einheit“ nicht mehr aus den Köpfen der Menschen wegzudenken. Als Ziel stellte man sich einen Staat, in dem alle Deutschen als Einheit zusammenleben. Gleiche Rechte und Gesetze für jedermann, sowie die politische Partizipation des Volkes gehörten ebenfalls zu den Forderungen.

Doch dieses Unterfangen sollte zunächst von den konservativen Kräften verhindert werden. Mit der Gründung des Deutschen Bundes 1815 wurden die 39 deutschen Einzelstaaten ohne zentrale Exekutive miteinander in einem lockeren Bund zusammengefasst, damit die Oberhäupter, zumeist Fürsten, dieser jeweils souveränen Staaten gemeinsam Gesetze entwerfen konnten. Vertreter aller Staaten des Bundes trafen sich dazu im Bundestag, der sich in Frankfurt befand. Ebenfalls stellten sie gemeinsam ein Bundesheer auf, um die Grundsatzziele dieses Bundes, nämlich die Restauration der gesellschaftlichen Zustände vor der Französischen Revolution, der Herrschaftslegitimation durch Tradition und Gottesgnadentum, die Solidarität der Fürsten und das Gleichgewicht zwischen den europäischen Großmächten, zu sichern.

Somit war der erste Schritt zur Einheit getan, doch die Fürsten bestimmten ohne ein Mitspracherecht des Volkes über Gesetze und Beschlüsse und eine Gewaltenteilung war somit auch noch nicht in greifbarer Nähe. Das Nationalgefühl kam somit nicht im Volk an - dies war auch nicht von den konservativen Herrschern gewollt, da sie die Kleinstaaterei weiterhin beibehalten wollten, um nicht Teile ihrer Macht und ihrer Herrschaftsgebiete abgeben zu müssen.

Man musste somit jahrelange mit gravierenden gesellschaftlichen Problemen leben, ohne, dass eine Veränderung eintrat. Die Menschen hatten Ernährungsprobleme, bekamen nur niedrige Löhne und arbeiteten unter katastrophalen Bedingungen. Pauperismus, die vorindustrielle Massenarmut, war die Folge und breitete sich aus. Missernten verstärkten die Not und das Elend im Volk.

Es musste sich etwas verändern - die Revolution von 1848 und '49 begann. Die Träger der Revolution waren das Bildungsbürgertum, die städtische Unterschicht und die Landbevölkerung, stellten als politische und soziale Ziele die Abschaffung der Karlsbader Beschlüsse, welche liberale Interessen,

wie zum Beispiel die Pressefreiheit, weitestgehend unterbanden, die Einführung einer Konstitution und die Erweiterung der politischen Partizipation, um soziale Gerechtigkeit zu schaffen, den Lebensstandard der unteren Schichten zu heben und folglich ein Nationalgefühl zu entwickeln, um eine deutsche Einheit entstehen lassen zu können. Die Ereignisse der Februarrevolution in Frankreich fanden Anklang innerhalb des Deutschen Bundes. Es kam zu Volksversammlungen und großen Protesten, die sich auf ganz Deutschland ausbreiteten. Sogar Barrikadenkämpfe in Wien und Berlin waren nicht zu vermeiden, was durchaus von Erfolg für die Anhänger der Revolution war: die konservativen Regierungen wurden in vielen Staaten gegen liberale ersetzt, das Militär zog sich aus Berlin zurück. Verfassungen wurden in Kraft gesetzt und die Zensurbestimmungen aufgehoben.

In Preußen setzte der König Friedrich Wilhelm IV. den Vereinten Landtag wieder ein, welcher erstmals am 22. Mai 1848 aus Vertretern, die aus allgemeinen Wahlen hervorgingen, zusammentrat. Die nationale Einheit proklamierte der König mit dem Aufgehen Preußens in Deutschland, was für die folgenden Phasen durchaus zutreffen ist.

In Österreich vertrieb man den Fürsten Metternich und anschließend den kaiserlichen Hof und berief einen Reichstag ein, der eine Verfassung entwickeln sollte und die Bauern schließlich von ihren Grundherrschaften befreite.

Im gesamtdeutschen Gebiet entschied sich ein provisorisches Vorparlament gegen die Errichtung einer Republik, sondern für eine Neuordnung Deutschlands mit Hilfe der Fürsten. Die darauffolgende Nationalversammlung, deren Teilnehmer in freien, gleichen und geheimen Wahlen auserwählt wurden, traf sich seit dem 18. Mai 1848 in der Frankfurter Paulskirche um gemeinsam eine einheitliche Konstitution zu entwickeln.

Somit schien der reine Konservatismus stark zurückgedrängt und ein liberaler Nationalismus war auf dem Vormarsch, doch es gab Probleme und Unstimmigkeiten in der Nationalversammlung. Zu klärende Fragen wurden oftmals zu Streitfragen, die Revolutionäre differenzierten sich in verschiedene Lager politischer Gesinnung und die Interessen der Mitglieder der Nationalversammlung waren sehr unterschiedlich. So musste man sich schließlich einigen, ob eine Monarchie oder eine Republik entstehen soll und ob Deutschland zu einem Einheitsstaat, wie Frankreich, oder zu einem Bundesstaat werden soll. Zudem erstellte man einen Katalog mit Freiheits- und Grundrechten, die mit der Paulskirchenverfassung eingeführt werden und für jeden Bürger gelten sollten. Des Weiteren trat Uneinigkeit in der Festlegung des Wahlsystems auf. Konservative und gemäßigte Liberale forderten ein Zensuswahlrecht, welches nach Besitzverhältnissen geordnet werden sollte, doch es setzten sich die Liberalen und Demokraten mit einem gleichen und allgemeinen Wahlrecht für jeden Bürger durch. Eine der am schwierigsten zu klärenden Fragen war die nach der groß- oder kleindeutschen Lösung. In diesem Zusammenhang steht auch das angespannte Verhältnis der beiden größten Staaten des Deutschen Bundes - Preußen und Österreich und der Nationalstaatsgedanke, der weitergeführt werden musste. Eine großdeutsche Lösung hätte die Aufnahme anderer Nationen, wie Polen oder Ungarn, bedeutet, eine kleindeutsche Lösung hingegen den Ausschluss Österreichs aus Deutschland. Doch am Ende des Jahres 1848 begann eine Reaktionsphase konservativ Gesinnter, um die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse auf die Zeit vor der Revolution zu restaurieren. Mit

Hilfe des Militärs wurden viele Gebiete besetzt und von den Konservativen zurückerobert, wodurch schließlich liberale Nationalbewegungen niedergeschlagen wurden. Um diesen Prozess zu stoppen wählte die Nationalversammlung König Friedrich Wilhelm IV. zum Kaiser der Deutschen. Er lehnte jedoch ab, da die Machtlegitimation durch Gottesgnadentum nicht berücksichtigt wurde und er die Volkssouveränität hätte anerkennen müssen. Somit wurde die gesamte Paulskirchenverfassung hinfällig. In weiteren aufeinanderfolgenden Ereignissen wurden die Träger der Revolution besiegt, sodass die Gegenrevolution der konservativen Kräfte siegte.

Die Folgen waren die Wiederherstellung des Deutschen Bundes und ein Beschluss zur Ungültigkeitserklärung der Paulskirchenverfassung, sowie der einzelstaatlichen Verfassungen. Die einzigen Beschlüsse, die während der Revolution durchgesetzt wurden und auch danach erhalten blieben waren die bürgerliche Freiheit, sowie die Religions- und Versammlungsfreiheit, die Gleichheit vor dem Gesetz und die Unabhängigkeit der Gerichte.

Die liberalen Bemühung zur Schaffung eines Nationalstaates blieben somit weitestgehend erfolglos, da unterschiedliche Interessen der Trägergruppen der Revolution, denen eine zentrale Führung fehlte, einige Schwächen der Nationalversammlung aufzeigte, da man mit der Arbeit in demokratischen Institutionen noch unerfahren war. Durch das Ausmaß an Aufgaben, die sie zu erfüllen hatten, wurden diese Schwachstellen weiter verstärkt, sodass ein Sieg der Revolution nicht erreicht werden konnte.

Ab diesem Zeitpunkt traten liberal Gesinnte in der Frage um die nationale Einheit in den Hintergrund, währenddessen die konservativen Kräfte diese Aufgabe übernahmen und den Weg zu einem integralen, deutschen Nationalstaates einschlugen. Diese Etappe beginnt zunächst mit einem Verfassungskonflikt innerhalb Preußens und entwickelt sich zu einem Streit zwischen selbigen und Österreich.

Innerhalb des preußischen Ministerium war man sich zunächst darüber einig, die Heereskraft der Armee zu stärken, um die Machtverhältnisse in Bezug auf Österreich und Frankreich wieder in ein Gleichgewicht zu bringen, doch der Entwurf zur Militärreform stieß auf Widerstand im Abgeordnetenhaus, da man sich nicht über die Kommandogewalt des Heeres einig war. Über Jahre hinweg entwickelte sich ein Streit, der erst durch Otto von Bismarck, welcher 1862 von König Wilhelm als Ministerpräsident eingesetzt wurde, ein Ende fand. Bismarcks Ansicht, wie eine politische Veränderung allein herbeigeführt werden kann, macht das folgende Zitat deutlich, in dem er zugleich Kritik an der Revolution von 1848 und '49 übt: „[...] nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden - das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen - sondern durch Eisen und Blut [...] Wenn kein Budget zustande komme, dann sei tabula rasa (= reinen Tisch machen; rücksichtslos Ordnung schaffen), die Verfassung biete keinen Ausweg.“ Große Debatten über Reformen, wie es sie während der Revolution 1848 gab, seien also, laut Bismarck, nicht ausschlaggebend für eine politisches Veränderung. Erst durch offene Kämpfe und Auseinandersetzung erreicht man dieses Ziel.

Der neue Ministerpräsident fand eine Verfassungslücke, die dem König als Souverän und Verfassungsgeber ermöglichte hatte, bei Kontroversen zwischen ihm und den beiden Kammern, das Herrenhaus des Adels und das Abgeordnetenhaus, die letztendliche Entscheidung treffen zu dürfen.

Somit wurde eine Heeresreform ohne Finanzbewilligung des Abgeordnetenhauses und mit großen Protesten des Parlaments durchgeführt. Jeglicher Widerstand blieb jedoch erfolglos.

Österreich bemühte sich währenddessen um eine Klärung der nationalen Frage über die großdeutsche Lösung, um den Machtanspruch Preußens einzuengen und schuf einen Plan, zur Schaffung eines Exekutivrates und weiteren Institutionen. Dieser Exekutivrat würde aus fünf Mitgliedern bestehen, von denen Preußen, Österreich und Bayern ständig vertreten sein sollten. Um einen solchen Machtverlust zu verhindern schlug Bismarck ein Bundesparlament vor, dessen Vertreter direkt vom Volk gewählt werden sollten, was ein wesentlicher Schritt zu politischer Partizipation der Bevölkerung gewesen wäre. Es zeigt sich somit eine liberale Haltung Bismarcks, der sonst eine konservative Politik bevorzugt und nicht auf Parlament und Volk setzte, doch damit konnte er sich eine Mehrheit gegen Österreich erhoffen, dessen deutscher Bevölkerungsanteil wesentlich geringer war als der Preußens, wodurch der politische Einfluss Österreichs vermindert worden wäre. Doch die Beratungen blieben erfolglos, was Bismarcks Zitat über Eisen und Blut bestätigt.

Ab 1863 führte Bismarck eine planvolle Isolationspolitik gegen Österreich. Er unterstützte etwa den Zaren bei der Niederwerfung des polnischen Aufstandes und sicherte sich so die Neutralität Russlands zu. Des weiteren befreite Preußen gemeinsam mit Österreich Schleswig und Holstein, welche unter dänischer Besatzung standen. Im Londoner Protokoll von 1852 legte man zwar fest, dass diese beiden Herzogtümer Dänemark übergeben werden sollen, doch mit der Auflage, dass sie getrennt von Dänemark regiert werden müssen. Im November 1863 wurde diese Regelung durchschritten, denn Schleswig, welches zu einem großen Teil aus Deutschen bestand, wurde von dem Königreich Dänemark einverleibt. Nachdem preußische und österreichische Truppen die beiden Herzogtümer besetzten und befreiten, entstand ein Konflikt um diese beiden Territorien. Um eine militärische Auseinandersetzung zu vermeiden lenkte Bismarck ein und es kam zur Konvention von Gastein im August 1865. man erreichte das paradoxe Ergebnis, dass Schleswig Preußen zugeordnet wurde und Holstein an Österreich ging. Doch dadurch, dass Holstein nun eine Insel im preußischen Territorium bildete, blieb dieses ein ständiger Krisenherd.

Mit einem siegreichen Krieg erhoffte sich Bismarck nun den Ausschluss Österreichs aus dem Deutschen Bund. Er schaffte es einen Bündnisvertrag mit Italien abzuschließen und sicherte sich sogar die Neutralität Frankreichs zu.

Es kam schließlich zu einer kriegerischen Auseinandersetzung, die man im Nachhinein als Bruderkrieg bezeichnet. Der Anlass war die Ankündigung Österreichs, die Erbfolge Holsteins dem Urteil des Deutschen Bundes zu unterwerfen. Bismarck bewertete dies als Bruch der Gasteiner Konvention und ließ seine Truppen in Holstein einmarschieren. Seine Gegner waren nicht nur die österreichischen Truppen; auch Sachsen, Bayern, Württemberg, Hannover, Baden, Hessen und Frankfurt schlossen sich gegen Preußen zusammen. Doch durch die Heeresreform und einer überlegenen militärischen Organisation durch General von Moltke gelang Preußen der Sieg in Böhmen, am 3. Juli 1866. Einen Monat später kam es zum sogenannten Frieden von Prag, der die Auflösung des Deutschen Bundes und den Ausschied der Habsburger Monarchie aus dem sich entwickelnden Nationalstaat beinhaltete. Zudem lag es in preußischer Hand das deutsche Gebiet neu zu organisieren und man annektierte

Schleswig, Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt, sodass das Königreich Preußen nun mehr als die Hälfte des deutschen Gebietes umfasste. Der Dualismus der zwei deutschen Großmächte wurde also zugunsten des neuen Preußens entschieden. Der Weg zu einem Nationalstaat wurde insoweit vorangetrieben, dass die Kleinstaaterei stark eingeschränkt wurde.

Der am 11. Juli 1867 gegründete Norddeutsche Bund war ein Bundesstaat, der auf Bismarcks Initiative alle 22 Einzelstaaten oberhalb der Mainlinie zusammenfasste. An der Spitze stand der König von Preußen als erblicher Bundespräsident. Dieses Bündnis stellte somit einen weiteren wichtigen Schritt zur deutschen Einheit dar, denn nun befanden sich bereits alle nördlichen Staaten unter einer zentralen Führung, die jedoch auf dem Erbrecht beruht und nicht gewählt wird, womit der integrale Nationalismus weiter vorangetrieben wird.

Nun bestand das deutsche Territorium aus nur noch drei Teilen: dem Norddeutschen Bund, den süddeutschen Partikularstaaten, welche Unterstützung durch Frankreich erhielten, und Österreich. Ein süddeutsches Bündnis scheiterte am Partikularismus der Kleinstaaten, die noch nicht für eine Vereinigung bereit waren.

Die letzte Etappe auf dem Weg zur deutschen Einheit bildeten die Ereignisse um die Emser Depesche und den deutsch-französischen Krieg.

Frankreich, welches durch ein Versprechen auf eventuelle Gebietsabtretungen während des preußisch-österreichischen Krieges neutral geblieben ist, forderte nach dem Kriegsende diese Gebiete ein. Bismarck wies diese Forderungen empört zurück, stellte jedoch ein eventuelles Einverständnis zur Übergabe Luxemburgs bereit, was innerhalb Deutschlands große Proteste hervorrief, an dessen Spitze sich schließlich Bismarck selbst stellte und Luxemburg neutralisierte. Ein neuer Konflikt entwickelte sich. Auch innerhalb der deutschen Gebiete konnten keine politischen Einigungen zu einem einheitlichen Zusammenschluss Deutschlands getroffen werden, da man weiterhin an der Unvereinbarkeit der süddeutschen Staaten scheiterte. Bismarck sah sich gezwungen die deutsche Einheit durch ein Ereignis von außen voranzutreiben.

Der Anlass zum Krieg war das spanische Thronerbe Leopolds von Hohenzollern-Sigmaringen, welcher ein entfernter Vetter des preußischen Königs Wilhelm I. war. Durch die bevorstehende Einengung sah sich Frankreich bedroht und stellte ein Ultimatum an Leopold, der daraufhin von seiner Thronkandidatur zurückwich. Zudem schickte man einen Gesandten nach Bad Ems um von Preußen eine Garantie auf den Verzicht Leopolds auf die Thronfolge zu bekommen. Wilhelm I. bestätigte diesen Verzicht, doch die Presse erhielt eine gestrafte Form der Emser Depesche von Bismarck, der die Kandidatur Leopolds unterstützte. Napoleon III. fühlte sich daraufhin beleidigt und erklärte Preußen am 19. Juli 1870 den Krieg, ohne Unterstützung anderer europäischer Großmächte, bei denen er auf Unverständnis stieß, zu erhalten.

Militärisch war Frankreich dem gestärkten Preußen unterlegen und Bismarck gelang es auch die süddeutschen Staaten gegen die Franzosen zu mobilisieren, indem er sich auf das deutsche Nationalgefühl und dem Wunsch Frankreichs nach Gebietsausweitungen berief. Napoleon musste zum ersten Mal am 2. September kapitulieren, woraufhin man von ihm die Gebietsabtretungen von Elsass und dem deutschen Teil Lothringens verlangte, was nochmals einen Krieg hervorrief, der

jedoch endgültig am 25. Januar 1871 in Paris mit der Kapitulation Frankreichs beendet wurde. Mit dem Friedensvertrag von Frankfurt, der am 10. Mai 1871 unterzeichnet wurde, musste Frankreich schließlich die geforderten Gebiete abtreten und zudem eine Entschädigung in Höhe von 5 Millionen Goldfranken liefern, was eine dauerhafte Krisensituation Frankreichs hervorrief, die die Beziehung zu Preußen bis zum 1. Weltkrieg belastete.

Doch Bismarcks Plan ist aufgegangen. Die deutsche Einheit wurde mit Hilfe eines internationalen Krieges ermöglicht. Zwar musste man einige Zugeständnisse und Sonderrechte für die Partikularstaaten erteilen, doch schließlich wurde der preußische König während der Reichsproklamation von Versailles, am 18. Januar 1871, zum deutschen Kaiser ernannt..

Somit wurde ein Staat gegründet, an dessen Spitze ein Kaiser stand, der alleiniger Herrscher über das Deutsche Reich war. Ungleich einer reinen Monarchie gab es aber eine Verfassung, die sogenannte Reichsverfassung, sodass dieser Staat eine konstitutionelle Monarchie war, in dem den Bürgern bestimmte Grundrechte zugesichert wurden.

Die nationale Idee, welche anfangs zum Liberalismus gehörte, entwickelte sich zum verbindenden Element des Konservatismus, was die Wandlung des liberalen Nationalismus' zum integralen Nationalismus' innerhalb Deutschlands während des langen 19. Jahrhunderts aufzeigt.